

ГОУД АРХИВ
ИЗДАТЪМ МАТЕРИАЛ
ВЕРВАЛТУНГ

KOLONISATION= REVISIONISMUS

VON

DR. S. E. SOSKIN.



1927

WIEN / LEIPZIG

VERLAGSANSTALT DR. ZAHN UND DR. DIAMANT

Bibliothek Eli Stern

K.

2043

1500. —

KOLONISATION= REVISIONISMUS

VON

DR. S. E. SOSKIN.



1927

WIEN / LEIPZIG

VERLAGSANSTALT DR. ZAHN UND DR. DIAMANT

VORWORT.

Wenn ich mein Programm der landwirtschaftlichen Kolonisation Palästinas mit dem politischen Revisionismus verbinde, so geschieht es aus der Überzeugung heraus, daß die von mir seit acht Jahren verfochtenen Ideen eine Revision der bislang allgemein noch gültigen Grundsätze und Praktiken der Kolonisation darstellen. Eine Revision von Grund auf. Denn sie rühren an den Grundlagen der bisherigen Kolonisationsmethoden.

Die scharfe Betonung der klimatischen Vorzüge Palästinas, die Forderung einer rationellen Wasserwirtschaft, die Ablehnung des Getreidebaues, die Forderung einer Exportwirtschaft unter gleichzeitiger Verwerfung der Autarkie, die Forderung der rentablen Wirtschaft, der staatlichen Finanzierung wie überhaupt der staatlichen Regelung der Kolonisation sind in großen Zügen die Merkmale meines Programms.

Die achtjährige Propaganda dieser Ideen war nicht fruchtlos. Manche meiner Forderungen sind Allgemeingut geworden. Wenigstens gedanklich, ideell. Ins Leben sind sie nur tastend, unsystematisch und vereinzelt umgesetzt worden. Sie sind noch nicht zum Regierungsprogramm geworden und konnten daher nicht den Segen unserer Sache bringen, der füglich erwartet werden darf, wenn sie einem Wirtschaftsprogramm zur Grundlage dienen werden.

Mein Kolonisations-Revisionismus ist chronologisch älter als der politische Revisionismus. Aber er fügt sich ihm folgerichtig ein und bildet einen Teil der ganzen revisionistischen Ideologie des Zionismus. Derselbe frische Zug des Aufräumens mit dem traditionellen „Sichgehenlassen“ und „Nichtdenkenwollen“, die unsere bisherige offizielle Arbeit kennzeichnen, ist auch meinem Kolonisations-Revisionismus eigen. Er ist durch dieselbe „eiserne Konsequenz“ charakterisiert, wie Jabotinskys politischer Revisionismus.

Die nachfolgenden Ausführungen, die den Gegenstand eines Referates auf der 2. Revisionistenkonferenz in Paris bildeten, mögen zur weiteren Klärung und Vertiefung der revisionistischen Kolonisationsideen dienen.

DER VERFASSER.

LEITENDE SÄTZE.

1. Der Schlüssel zur Erlangung der Majorität, das ist zur faktischen Eroberung des Landes, ist einzig und allein die ländliche Siedlung. Nur die Ansiedlung von Juden auf dem Lande kann uns die Verankerung geben, die notwendig ist, um ein eigenes Volk zu werden. Die Festsetzung in den Städten allein gibt keine genügende politische Sicherheit.

2. Aber auch wirtschaftlich kann und soll Palästina in erster Linie als Agrikurland seine Entfaltung erhalten. Die natürlichen Bedingungen, speziell das Klima, gestatten eine reiche Produktion von Bodenerzeugnissen in dem größten Teile des Landes. Für absehbare Zeiten muß die Landwirtschaft die Grundlage für das Wirtschaftsleben des Landes abgeben.

3. Entsprechend der Stellung, die der Landwirtschaft in der Ökonomie Palästinas zukommt, müssen die einzelnen Faktoren, die die landwirtschaftliche Kolonisation bedingen, näher untersucht werden. Es muß betont werden, daß es sich hierbei nicht um rein landwirtschaftliche Produktionsfragen handelt, zu denen sich nur Landwirte (Agronomen) zu äußern hätten. Vielmehr hat man es hier mit einem Komplex von Fragen zu tun, wie die soziale, ökonomische, rechtliche, finanzielle und auch die technisch-landwirtschaftliche, die sich alle gegenseitig beeinflussen und in ihrer Auswirkung die Kolonisationswissenschaft und -praxis bilden. Zu den Fragen der ländlichen Siedlung müssen wir nicht den Agronomen, sondern den Kolonisator hören. Erwünscht ist es, daß letzterer auch landwirtschaftlich gebildet und erfahren ist. Jedoch berechtigen agronomische Kenntnisse allein nicht zum Kolonisieren.

A. DER BODEN.

Wir müssen uns zunächst die Unterlage, auf der wir bauen wollen, den Platz an der Sonne sichern. Und hier beginnen wir die Arbeit mit einem großen Defizit, mit einem Versäumnis, das wir jetzt nur mit allergrößten Anstrengungen, wenn überhaupt, wettmachen können. Schon 1919, als man noch mit England unterhandelte, empfahl ich das einzig radikale Mittel, um uns Boden für Kolonisation zu sichern, die Nationalisierung des gesamten Bodens Palästinas. Ich argumentierte damals wie folgt:

Es ist ein naheliegender Gedanke, daß das erste Ergebnis der beginnenden Erschließungsarbeit in Palästina eine noch nie dagewesene Preissteigerung des Grund und Bodens sein wird, ja, daß die Wert-

steigerung schon einsetzen wird, bevor mit dem Aufbau Palästinas begonnen wird, indem gewissermaßen eine Diskontierung der durch die Arbeit der Allgemeinheit noch zu schaffenden geordneten Zustände durch die gegenwärtigen Landbesitzer erfolgen würde.

Daß diese Preissteigerung des Grund und Bodens eine ganz außerordentliche sein muß, geht aus der einfachen Überlegung hervor, daß Palästina durch die geplanten öffentlichen Werke, wie Eisenbahn-, Straßen-, Hafenbau usw., in möglichst kurzer Zeit aus dem Zustande der türkischen Verwahrlosung in den der europäischen Kultur übergeführt werden soll. Wohl nirgends sonst in der Welt wird die Wertsteigerung des Bodens so handgreiflich das Ergebnis der Tätigkeit des das Land organisierenden Gemeinwesens in denkbar kürzester Zeit sein, wie in Palästina. Der gegenwärtige türkische oder arabische Landbesitzer braucht nur sein Land fünf bis zehn Jahre zurückzuhalten, um später einen Gewinn einzuheimsen, wie er ihn sich hat nie träumen lassen. Ein Mittel, ihn zum Verkauf seines Bodens zu zwingen, haben wir nicht.

Die Landesregierung soll im Auftrage des Völkerbundes für eine möglichst rasche Entwicklung des Landes sorgen und dabei dem jüdischen Volke Gelegenheit geben, sich in ihm eine nationale Heimstätte zu erreichen. Sie hat alle Schritte zu unternehmen, um die Aufschließung Palästinas durch neue Einwanderer zu ermöglichen. Zu diesen Schritten gehört in erster Linie die Sicherstellung von Land für die neuen Ansiedler. Es kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, daß die Landesregierung eine Klasse von Einwanderern bevorzugt. Da aber kein Volk der Erde das Interesse an Palästina hat wie das jüdische — aus freien Stücken heraus, als Ausfluß seines Strebens nach nationaler Wiedergeburt, und gezwungenermaßen als Folge seiner bedrängten Lage im europäischen Osten — so wird es praktisch darauf hinauslaufen, daß den Hauptstrom der Einwanderer Juden abgeben werden und daß die für alle, ohne Unterschied der Nationalität, berechneten Maßnahmen der Landesregierung vorwiegend unsere Interessen werden fördern helfen.

Warum sollte England im Auftrage des Völkerbundes nicht das in Palästina versuchen, was Deutschland mit Erfolg in Kiautschou durchgeführt hat?

Es ist gewiß nicht belanglos, sich die Entstehung der „Landordnung von Kiautschou“ näher anzusehen. Im Augenblick der deutschen Besitzergreifung vom Pachtgebiet Kiautschou — bekanntlich wurde diese Kolonie von China für die Dauer von 99 Jahren gepachtet, Deutschland war gewissermaßen „Mandatar“ für diesen Besitz geworden — begann die Landspekulation einzusetzen.

Ich folge nunmehr Damaschkes Schilderung der damaligen Vorgänge in seiner „Bodenreform“, Jena 1916. „Die Chinesen schlossen einen Ring und verlangten von den deutschen Beamten für ihren Boden fast zehnmal so hohe Preise als die, die vor der deutschen Besitzergreifung üblich waren. Die deutsche Verwaltung aber beugte sich diesem Ring nicht. Vielmehr verpflichtete sie jeden chinesischen Grundbesitzer gegen

Auskehrung einer nur geringen Barsumme, die etwa das Doppelte des Jahresbetrages der bisherigen Grundsteuer ausmachte, seinen Boden nur noch an das deutsche Gouvernement zu verkaufen, und zwar zu dem Preise, der vor der deutschen Besitzergreifung landesüblich war. In den großen Handelsplätzen Ostasiens fanden sich bald Leute, denen der Boden des neuen deutschen Pachtgebietes ein vielverheißendes Spekulationsobjekt zu sein schien. Man schloß Kartelle, man kam überein, sich gegenseitig die Preise nicht zu verderben usw."

Muß man da nicht an die Möglichkeit ähnlicher Vorgänge in Palästina selbst und Ägypten und Syrien denken? Werden die arabisch-christlichen Grundbesitzer, die Sursocks und Twenis, die es verstanden haben, ihren Besitz so lange nicht an die Juden zu verkaufen, es etwa anders machen, werden sie nicht etwa in Ägypten — oder sollten sie es schon getan haben? — Syndikate bilden, Gelder mobil machen, um einerseits ihren Geldbedarf nicht durch einen frühzeitigen Verkauf ihrer Güter befriedigen zu müssen, andererseits Grundstücke aus schwächeren Händen an sich zu bringen? Begehen doch die Juden die Unklugheit, *urbi et orbi* bekannt zu geben, daß sie, dazu noch in kurzer Zeit, den größten Teil des mobilen Bodens Palästinas, wenn nicht allen, in ihre Hand bringen wollen!

Wir machen uns ja die Araber zu Todfeinden, wenn wir mit einer solchen Forderung auftreten, höre ich mir von allen Seiten entgegenrufen. Täuschen wir uns doch nicht über die Gefühle der Araber, die von dieser Maßnahme betroffen würden. Das sind die Großgrundbesitzer, die den arabischen Pächter, den Fellachen, schon alle Jahre der türkischen Herrschaft hindurch ausgebeutet, die ihm einen Pachtzins in Höhe von einem Drittel bis einem Fünftel des Bruttoertrages der Felder jahraus, jahrein abgenommen hatten. Diese Ausbeutung muß doch eine Ende nehmen, wenn die neue Regierung ins Land zieht. Daher auch ein großer Teil des Hasses gegen die Juden, die die öffentliche Meinung auf Palästina aufmerksam machen. Diese Elemente sind es, die in Jerusalem und anderswo Versammlungen abhalten, bei denen die moslemitischen und christlichen Araber, die sich sonst in grimmiger Weise befehlen, in Eintracht zusammenfinden, um gegen die jüdische Einwanderung und den ganzen durch sie dem Lande unzweifelhaft winkenden Fortschritt Stellung zu nehmen.

Ihre Feindschaft haben wir schon, aber die Freundschaft der Fellachen, für deren Sache wir mit eintreten würden, wenn wir eine Nationalisierung des gesamten palästinensischen Bodens fordern, gilt es zu erwerben. Ein besseres Mittel hierzu gibt es ja nicht, als die Befreiung des bislang von den Großgrundbesitzern so arg bedrängten arabischen Landvolkes! Wir müssen es nur verstehen, dieses Propagandamittel für uns auszunutzen und uns Freunde im Lande zu erwerben unter den Schichten, mit denen wir im täglichen Verkehr in Stadt und Land stehen werden.

Die Lösung der Nationalisierungsfrage in dem angedeuteten Sinne enthebt uns auch mit einem Schlage der schweren Sorge der Kapitalbeschaffung zum Landerwerb, die nach verschiedenen Berechnungen 20

bis 40 Millionen Pfund erfordern würde, wenn die arabischen Großgrundbesitzer sich überhaupt gewillt zeigen würden, schon jetzt ihren Boden uns zu dem von uns in Rechnung gestellten Preise zu verkaufen. Die Landesregierung enteignet nach und nach die Flächen, die sie zur Ansiedlung von Einwanderern und der schon landeseingesessenen Fellachen braucht, zu Preisen, wie sie v o r dem Kriege bestanden haben. Durch eine besondere Verfügung, die übrigens auch das türkische Gesetz kennt, wird zunächst aller nicht kultivierte Boden vom Staate gegen eine Entschädigung (während das türkische Gesetz diese nicht vorsieht) eingezogen, melioriert, parzelliert und an Ansiedler in Erbpacht gegeben.

Auf dem Berliner Delegiertentag der Z. V. F. D. im Juni 1920 verfocht ich von neuem in meinem Referat über die „Landwirtschaftliche Erschließung Palästinas“ die Idee der Nationalisierung des Bodens. Ich forderte die Konstituierung des Obereigentums des Staates über den gesamten Boden des Landes, gleichgültig, ob jüdischen oder arabischen.

Jede andere Art der Nationalisierung ist ein Unding, eine Maßnahme, die sich gegen ihre Urheber wenden muß. Wir müssen von der Mandatarmacht fordern, daß durch eine gesetzliche Maßnahme die freie Verfügung über den Bodenbesitz allen Einwohnern des Landes genommen werde. Es scheint mir, daß man bei richtiger Auffassung des Problems bei der englischen Regierung zum Erfolg gelangen könnte, besonders wenn man auf die türkische Rechtsform des Mirieh, die schon tatsächlich das Obereigentum des Staates bedeutet, hinweist. Durfte doch in Oberägypten über den Boden nur unter Zustimmung der englischen Regierung verfügt werden!

Unwillkürlich muß man sich fragen, ob unsere verantwortlichen Leiter die Sache mit dem nötigen Nachdruck bei der englischen Regierung betrieben haben. Und wenn sie es bis jetzt noch nicht getan haben, so müssen wir fordern, daß dies noch im allerletzten Augenblick geschieht. Und sollten sich in unseren Reihen keine Sachverständigen finden, die diese Idee richtig aufzufassen und sie in allen ihren Konsequenzen durchzudenken vermögen, um der Mandatarmacht einen überzeugenden Vorschlag zu unterbreiten, so suche man sich Hilfe in den fremden Reihen, so wende man sich an einen Damaschke! An der Unzulänglichkeit in unseren Kreisen darf eine so wichtige Angelegenheit nicht scheitern!

Die Unzulänglichkeit, die Unfähigkeit, ja der Leichtsinns unserer Führer haben es zur Folge, daß wir gegenwärtig nur mit schwerem Gelde Boden zur Kolonisierung erwerben können, und auch nur den, den uns die Araber verkaufen wollen, aber zu Preisen, deren Grenze nach oben von der Konkurrenz der Käufer untereinander bestimmt wird.

Was ist nun zu tun? Die Forderung der Nationalisierung ist nicht undurchführbar. Gerade unsere eigene Erfahrung beim freihändigen Ankauf von Land — man müßte das Material über die für Boden bezahlten exorbitanten Summen sammeln — liefert ein schwerwiegendes Argument für die Regelung der Agrarfrage im Sinne der Nationalisierung. Die Frage muß bis zur äußersten Konsequenz durchgearbeitet

werden. Wir werden Unterstützung finden seitens derjenigen englischen Parlamentarier, die, wie neulich Wedgywood und Kennworthy, die Forderung aufstellen, man möge uns Land zur Verfügung stellen. Wenigstens die Zuweisung von Staatsländereien, wie sie im Art. 6 des Mandats vorgesehen wurde, müßte der erste Schritt in dieser Richtung sein.

Dieses wäre unsere erste Forderung an die Mandatarmacht — die Nationalisierung des Grund und Bodens.

Es gibt aber noch ein zweites Mittel, die Bodenfrage zu regeln. Dies könnte auf dem Wege der Regelung der Bodensteuer geschehen. Man geht gegenwärtig mit der Absicht um, den „Oscher“, die Zehentsteuer, abzuschaffen und sie durch eine neue Steuer zu ersetzen. Welchen Charakter soll nun diese neue Steuer haben und was kann durch sie erreicht werden? Diese Frage versuchte ich in einem vor kurzem im „Mischar W'taassia“ erschienenen Aufsatz durch den Vorschlag zu beantworten, eine neue Bodensteuer als alleinige Steuer, die *Single tax* nach Henry George einzuführen. Ich führte in diesem Aufsätze unter anderem aus:

Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß der Wert eines Landes in seiner Bevölkerung liegt: die arbeitenden Menschen schaffen Werte auf allen Gebieten der menschlichen Betätigung. Ist es nun vernünftig, die Erträgnisse dieser Arbeit zu besteuern? Liegt es nicht auf der Hand, daß man die produktive Arbeit geradezu fördern müßte, besonders in einem der Kultivierung erst eröffneten Lande? Statt eine *P r ä m i e* für jede produktive Leistung, sei es in der Landwirtschaft, sei es in der Industrie, zu geben, bestraft der Staat jede Initiative eines schaffenden Menschen, dessen Tätigkeit das Land bereichert.

Nur eine Form der Tätigkeit, die eigentlich nicht einmal eine Arbeit ist, nämlich der Besitz von Grund und Boden, wird so gut wie gar nicht belastet. Es braucht nur einer, der zufällig Landbesitz, sei es durch Kauf im richtigen Moment erworben, sei es geerbt von einem Erwerber, der ihn vor Jahrzehnten günstig erstanden hat, dieses Land einfach brach liegen zu lassen und er hat für sich und für die Seinigen ausgesorgt: er braucht nicht zu arbeiten, die anderen arbeiten für ihn, da der Wert des Grund und Bodens in einem neu aufstrebenden Lande durch die Arbeit aller Einwohner und besonders durch die Einwanderer von Tag zu Tag gesteigert wird. Dies ist der einzige *u n v e r d i e n t e* Wertzuwachs, da der Besitzer des Landes durch die Tätigkeit der anderen bereichert wird. Nirgends ist dies so augenfällig, wie in einem neu erschlossenen Lande.

Es sind dies freilich Banalitäten, die doch jeder denkende Mensch einsehen müßte. Und doch geht man an dieser Urfrage der menschlichen Beziehungen achtlos vorbei, da das Monopol des Landbesitzes ein tief eingebürgertes, altherwürdiges Erbstück der Geschichte ist. Landbesitz ist tatsächlich ein *M o n o p o l*. Land ist die einzige *u n v e r m e h r b a r e W a r e*. Alles andere wird durch die Arbeit der Menschen vermehrt, nur der Boden nicht. Folglich bildet der Besitz des Bodens ein Monopol, das nur wenige genießen.

Diese Wahrheit ist nicht neu. Besonders klar und zielbewußt vertrat Henry George die Forderung nach Besteuerung des Besitzes an Land allein. Nicht die B e b a u n g des Bodens, die als Leistung, als schaffende Arbeit gefördert werden muß, sondern der Besitz von Boden, und nur dieser, muß besteuert werden. Werden aber die Ertr ä g n i s s e des Bodens besteuert, wie es beim Oscher der Fall ist, so erhält der Latifundienbesitzer eine Prämie, wenn er seinen Boden nicht bebaut, sondern verpachtet, das heißt, den Bauern ausbeutet. Es gibt nur ein Mittel, diese widersinnige Ungerechtigkeit abzuschaffen, das ist den Besitz von Boden und nicht die Hervorbringung von Produkten aus dem Boden zu besteuern. Die Bodenverbesserung durch gute Kultivierung, durch Melioration, durch Errichtung von Pflanzungen, von Gebäuden, kurz alles, was eine Folge der Arbeit und der Initiative, gepaart mit Kapital, ist, darf nicht besteuert werden. Diese Tätigkeit und solche Investitionen, die den Wohlstand des Landes und der darauf lebenden Menschen heben, mü ß t e n gefördert werden. Und eine Förderung geschieht zunächst doch schon dadurch, daß man den Ertrag dieser Arbeit steuerfrei gibt, wenn man sonst nichts anderes tut, um den Landbebauer zur Kultivierung des Bodens anzureizen, ihn anzu-spornen.

Falsch gedacht daher ist jede Steuer, die die Bodenverbesserung, in welcher Form sie auch zum Ausdruck kommt, trifft. Nicht allein die Düngung, die Steigerung der Erträge durch bessere Bearbeitung als Folge der Verwendung guter landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen, die Drainierung des Bodens usw. müßten als das Erträgnis fördernde Faktoren steuerfrei bleiben, sondern auch die Anlegung von Pflanzungen, die Einführung neuer, wertvoller Kulturen, die Intensivierung der Landwirtschaft im allgemeinen. Denn alle die aufgezählten Mittel und Wege zur Steigerung der Produktionsfähigkeit des Bodens sind das Ergebnis der menschlichen Arbeit und des darauf verwendeten Kapitals. Nur die F l ä c h e, der Besitz an Boden, ist dies nicht. Und diese müßte getroffen werden, da sie ein Monopol von schreiendster Ungerechtigkeit darstellt. Auf Land, wie auf Luft, hat jeder Mensch Anspruch, der in die Welt gesetzt wurde. Alles andere soll er sich selbst durch Arbeit schaffen.

Nur die L a n d f l ä c h e sollte besteuert werden, unabhängig davon, ob sie bebaut und was darauf kultiviert wird. Kann einer Wasser beschaffen und legt er auf seiner Parzelle eine Pflanzung an, so braucht er nicht bestraft zu werden dadurch, daß sein Land in eine höhere Steuerstufe gebracht wird, gewissermaßen als Anerkennung dessen, daß er mehrere Jahre die Bäume aufzog und k e i n e n E r t r a g vom Boden hatte und Zinsen vom Kapital verlor. Eine verschieden hohe Belastung des Grund und Bodens ist nur in einer Beziehung zulässig, da sie gerecht wäre, das ist Schaffung von Kategorien nach der Lage des Bodens zu größeren Zentren und zu den Kommunikationsmitteln. Denn hier sind unverdiente Werte vorhanden und können neue entstehen, die nicht das direkte Ergebnis der Arbeit des Boden-

besitzers sind. Eine Einteilung des ganzen Landes nach wirtschafts-geographischen Zonen wäre erforderlich, eine Einteilung, die mit dem allgemeinen Fortschritt des Landes revidiert werden müßte. Sonst muß die Steuer auf den Bodenbesitz einheitlich sein — dies ist die Single tax, wie sie Henry George und seine Jünger forderten, unter ihnen der leider früh verstorbene Joseph Fels, der ein begeisterter Anhänger dieser Idee war und für die Single-tax-Bewegung Arbeit und Geldmittel zur Verfügung stellte.

Was wäre die Folge eines Gesetzes, das nur den Bodenbesitz besteuert? Erstens eine Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen und eine gerechte Verteilung der Lasten, zweitens aber ein Zwang, den unbebauten Boden in Kultur zu nehmen. Denn unbebauter Boden soll ja dieselbe Steuer zahlen wie bebauter. Flächen, die produzieren können, aber brach liegen, da der Besitzer entweder zu viel Boden sein eigen nennt, oder auf Wertsteigerung durch die Arbeit anderer spekuliert, müssen eben besteuert werden, wie reich tragende Gärten. Es soll nicht eine geringe Steuer sein, wie das gegenwärtige Wergo. Es soll ja eine Steuer sein, die dem Fiskus die Einnahmen aus dem Oscher größtenteils ersetzt.

Eine solche Steuer wird den Latifundienbesitzer und den Spekulanten recht empfindlich treffen. Und sie werden ihren Boden entweder bebauen müssen oder verkaufen. Die Folge müßte sein, daß Boden billiger wird, besonders wenn auch eine richtige Organisation der Käufer dafür sorgen würde, daß jedes Angebot preiswert aufgenommen wird. Während man sonst im Handel eine Konkurrenz der Verkäufer kennt, haben wir bislang in Palästina beim Landkauf eine Konkurrenz der Käufer mit den bekannten Erscheinungen der Preissteigerungen für noch unproduktives Land. So wird zum Teil wenigstens das wieder wettgemacht, was bei der Erlangung des Mandats versäumt wurde: die Regelung der Bodenfrage als Folge der Regelung der Steuerfrage.

Neben diesen Forderungen an die Regierung — der weitestgehenden — der Nationalisierung — und der ebenso generellen, das ganze Land umfassenden Forderung einer rationellen Bodensteuer in der Art der Single tax, müßten wir, solange wir die bezeichneten Ziele nicht erreicht haben, an uns selbst die Forderung der Zentralisierung des ganzen Bodengeschäftes stellen. Ein Verband der bestehenden Organisationen für Bodenkauf, der durch Beteiligung unserer nationalen Institute einen gemeinwirtschaftlichen Charakter erhalten sollte, müßte sich an der Bodenerwerbung in ihren verschiedensten Formen, wie sie durch die Verhältnisse geboten erscheinen, betätigen. Dieses zentrale Institut würde als einziger Käufer den Preis jeweils festsetzen können. Zunächst würde es eine Zeit lang seine Aufmerksamkeit auf die Erlangung von Boden von der Regierung konzentrieren und kein Privatland erwerben. Sollte inzwischen die neue Besteuerung des Grundbesitzes zur Tatsache werden, so wird sie einen Druck auf die Latifundienbesitzer ausüben, die ihr Land preiswert

werden zum Verkauf anbieten. Gerade die gegenwärtige Lage, da infolge der allgemeinen Depression neue Landkäufe nicht getätigt werden, müßte man ausnutzen, um die zentrale Bodenkaufsorganisation, nennen wir sie das Landbureau, zu schaffen durch Zusammenschluß der PLDC., Geulah, Zion Commonwealth, Meshek, unter maßgebender Beteiligung der Zionistischen Organisation, damit dieses Institut einen offiziellen Charakter erhalte und mit den obersten Behörden des Landes in Sachen der Ausübung der Mandatsartikel, die auf Boden Bezug haben, in der Steuerfrage und ähnlichen Fragen, verhandeln könnte. Der Exekutive allein möchte ich diese Aufgabe nicht übertragen. Hier dürfte Dezentralisierung einerseits und Privatinitiative andererseits nur förderlich sein.

Der Bodenverkauf — ich meine hier natürlich den landwirtschaftlich nutzbaren Boden — müßte einen anderen Charakter erhalten, und zwar müßte unbebauter Boden aus dem Handelsverkehr herausgenommen werden. Denn bei Transaktionen mit unbebautem Boden überschätzen Käufer und Verkäufer die Produktionskraft und somit den Wert des Bodens. Man sollte dem Käufer nur fertige Farmen anbieten. Einen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten ja schon die Verkäufe der letzten Zeit, da man nicht Boden allein, sondern auch die teilweise Erschließung in der Gestalt der Assanierung, der Straßen und der Wasserversorgung in den Preis einschließt. Derart sind die Verkäufe in Herzlia, in der Haifa Bay, in Magdiel. Aber dies sind nur die ersten Schritte, die noch lange nicht genügen. Beim Bodenkauf muß für den Wert des Bodens die Ertragsfähigkeit der Parzelle maßgebend sein. Dazu sind noch weitere Vorbereitungen erforderlich, die man in kürzester Ausdrucksweise als den Verkehr in fertigen landwirtschaftlichen Betrieben bezeichnen könnte. Eine Farm, eine Pflanzung haben einen Kapitalwert, der sich aus ihren Erträgen berechnen läßt. Der Spekulation ist ein Ziel gesetzt. Besonders wichtig, ja dringend erforderlich ist die vollständige Ausrüstung der Wirtschaft im Hinblick auf den völligen Mangel an fachlicher Vorbereitung bei den Einwanderern. Während man in der Stadt in erster Linie eine fertige Sache, einen „going concern“, sei es einen Laden, sei es eine Fabrik, zu kaufen sucht, um baldigst davon seine Existenzmittel zu ziehen, bekam man auf dem Lande bislang einfach Boden, ohne zu wissen, in welcher Weise ihn am besten zu nutzen. Bietet man dem Einwanderer fertige Farmen an, so bewahrt man ihn erstens vor vielen Enttäuschungen, Krankheiten usw., zweitens spart man an Geld, da eine gut organisierte, sachgemäße Siedlungsarbeit billiger wirtschaftet als der einzelne, dazu noch größtenteils unerfahrene Siedler. Es müßten Gesellschaften, ähnlich der Palestine Small Holdings Promotion Cy, ins Leben gerufen werden, die ein eigenes Betriebskapital haben, um die Kolonie bis zu ihrer Besiedlung aus eigenen Mitteln aufzubauen und erst dann den Kolonisten fertige Farmen, teils gegen bar, teils gegen langfristige Kreditierung, zu verkaufen. So geht man bei anderen

Völkern vor. Wir waren aber infolge Mangels an Geldmitteln gezwungen, den ungewöhnlichen und daher schwierigeren und umständlicheren Weg der Einforderung von Geldern von den Kolonisten lange vor ihrer Ansiedlung zu gehen. Doch komme ich auf diese Frage bei der Besprechung des Kreditwesens zurück.

B. DAS KLIMA.

Haben wir uns einmal den Platz an der Sonne gesichert, so gilt es, diese Sonne, diesen wichtigsten Faktor des organischen Lebens, die unersetzbare Voraussetzung der pflanzlichen Produktion, uns etwas näher anzusehen. So grell sie auch in Palästina scheint, so wenig hat man sie hier nach Gebühr gesehen. Vor allem hat die palästinische Sonne den Vorzug — sie ist einmal da und kann uns nicht strittig gemacht werden wie der Boden. Sie ist der wertvollste Zug unseres Klimas. Und das Klima bedingt den Wert eines Landes. Insofern wäre es logischer, zunächst sich mit diesem Faktor zu beschäftigen.

Das Klima entscheidet über die Kolonisierbarkeit eines Landes, Einerseits als Voraussetzung für die physische und geistige Entfaltung der menschlichen Rasse — hierüber brauche ich hier nicht zu sprechen. Andererseits als Faktor der landwirtschaftlichen Gütererzeugung, und dies ist der Gegenstand meiner zweiten programmatischen Forderung in bezug auf Palästina. Ich gehe so weit, zu behaupten, daß Klima kolonisiert wird und nicht Boden. Denn der Boden läßt sich in bedeutendem Maße verbessern, besonders wenn er in kleinen Parzellen bebaut wird. Boden läßt sich machen. Nicht aber Klima in einem Ausmaße, das für ein ganzes Gebiet reichen würde. In kleinerem Umfange wird auch Klima durch künstliche Anlagen — Glashäuser, Mauern, Heizung usw. — geschaffen, dieses aber unter Aufwand von großen Mitteln. Wir haben in Palästina eine fast ununterbrochene Sonnenstrahlung, die nur während einiger Monate im Jahre weniger intensiv wärmt, nie aber fehlt. Das Land kennt als Regel keine Temperaturen unter Null. Daher kann hier der Boden fast unaufhörlich produzieren. Dieses ist ein fundamentaler Zug unseres Klimas. Der andere ist die Möglichkeit, viele Erzeugnisse der gemäßigten Zone, das ist der Länder mit einem Winter, früher hervorzubringen, als es in den dicht bevölkerten Ländern Europas mit ihren Millionen von Konsumenten, zu geschehen pflegt. Das Streben der Gärtner in Europa ist darauf gerichtet, ihre Parzellen gewissermaßen künstlich um einige Breitengrade südlicher zu legen, um Früherzeugnisse auf den Markt zu bringen. Es ist ein Kampf um Breitengrade.

Diesen Naturvorzug unseres Landes, seine Sonne, die uns einerseits die Möglichkeit gibt, Produkte das ganze Jahr ununterbrochen zu erzeugen, andererseits uns in die Lage versetzt, viele lebenswichtige Erzeugnisse für den Bedarf der dichtbevölkerten Gegenden Europas früher hervorzubringen, als es dort möglich ist, diese uns umsonst zufallenden Breitengrade haben unsere aus dem Norden

stammenden Kolonisatoren bislang nicht genügend zu werten verstanden. Dieser Faktor hätte aber schon lange den maßgebenden Einfluß auf unsere Landwirtschaft ausüben müssen. Nicht die Hervorbringung des billigsten Massenartikels — des Getreides — hätte das Ziel sein müssen, sondern die Ausnutzung des Klimas durch Hervorbringung hochwertiger Früchte, Gemüse und ähnlicher Erzeugnisse, das heißt eine ganz andere Gestaltung und Richtung unserer Landwirtschaft.

Aber zur vollen Auswertung des günstigen Klimas, das ist zur Erzeugung von Produkten während des ganzen Jahres, brauchen wir Wasser. Dieses läßt sich immerhin leichter beschaffen als die intensive Sonnenstrahlung. Dort, wo wir auch in der trockenen Jahreszeit Wasser heranschaffen können, lassen sich ungeheure Massen an Erzeugnissen aus dem Boden hervorbringen. Denn die Pflanzenzelle hat dann die günstigsten Bedingungen für Massenproduktion. Deswegen müssen alle unsere Anstrengungen auf Aufschließung, Ansammlung und Ausnutzung von Wasser gerichtet werden. Man stellt sich in unseren Kreisen nicht im entferntesten vor, welchen Wert man dem Wasser in warmen Ländern beimißt. Ich habe in Spanien Kanäle von 25 Kilometer, ja in einem Falle sogar von 68 Kilometer Länge gesehen — das ist beinahe die Breite Palästinas nördlich von Jaffa —, mittels derer man kleine Mengen von 100 bis 200 Liter Wasser in der Sekunde, etwa ein bis zwei Prozent des Wassers des Jarkon, nach den Orten ihrer Benutzung leitet. Die Kanarischen Inseln, die 70.000 Dunam bewässerter Kulturen mit einer Jahresproduktion im Wert von 1 Million Pfund Sterling haben, kennen fast gar kein fließendes Wasser, es ist fast nur in Bassins aufgesammeltes Regenwasser.

Deswegen lautet meine Forderung: Schaffung eines Wasseramtes als einer Abteilung des Kolonisations-Departements, besetzt mit einem Geologen und einem Wasseringenieur. Diese müssen die wichtigsten Berater des Leiters der Kolonisation sein. Ohne sie keine Bodenerwerbung, keine Aufstellung von Projekten und Plänen von Siedlungen. Die Ausnutzung von Wasser muß in der sparsamsten Weise geschehen. Das Wasseramt müßte die Generalstabkarte der Bewässerungsböden aufstellen, auf Grund welcher die Sicherung von Land und die Kolonisation zielbewußt vor sich gehen würden. Jabotinsky hat dieser Forderung nach Wasser glänzend Ausdruck verliehen durch Prägung des Ausdruckes „Geulat Hamajim“.

Es ist wesentlich, in diesem Zusammenhange festzustellen, daß wir im großen und ganzen schon jetzt über verhältnismäßig viel Bewässerungsmöglichkeiten verfügen, die eine dichte Ansiedlung ermöglichen, wenn man das Wasser richtig ausnutzen würde. In jüdischem Besitz befinden sich die durchwegs bewässerbaren Flächen in der Haifa-Bucht, rund 50.000 Dunam, die Kabbara mit rund 8000 Dunam, noch mehrere tausend Dunam bewässerbaren Bodens bei Benjamina und in Chedera, die Böden im oberen Emek (Nuris), im oberen Jordantal. Endlich das Wasserrecht, das Rutenberg über den Jarkon besitzt. Hier können mit den 10 Kubikmetern pro Sekunde mehr als

150.000 Dunam bewässert werden, wären sie in jüdischen Händen. Die nächste Aufgabe wäre, so schnell wie möglich noch mehr Boden in näherer und weiterer Entfernung des Jarkon anzukaufen. Ich würde mit dem Wasser des Jarkon alles verfügbare Land bis zur Grenze von Wadi el Hawareth, das ist über Herzlia hinaus, Magdiel, Kafr Saba, geschweige Petach Tikwah und aller anderen kleineren, in unseren Händen befindlichen Flächen bewässern. An dem Beispiele Spaniens zeigte ich, welchen Wert eine gesicherte Wasserzuführung im warmen Klima hat. Es ist mir nicht möglich, hier eine vollständige Inventarisierung der Bewässerungsmöglichkeiten zu geben. Dies müßte eben die Aufgabe des Wasseramtes sein, das ich fordere. Alles in allem besitzen wir wohl doch schon 200.000 Dunam, die gut bewässert werden können. Dies bedeutet eine Ansiedlungsmöglichkeit (nach meiner Formel von 10 Dunam pro Familie von 5 Köpfen) von 100.000 Menschen und mit Nebenberufen von etwa 125.000 allein auf diesen aufgezählten Flächen, die ja das produktive Hinterland für Tel-Aviv und Haifa abgeben würden, dessen beide Städte so sehr bedürfen.

Soweit besprach ich den gegenwärtigen Besitz an fließendem Wasser. Wir verfügen aber an der ganzen Küste von Gaza bis zur Nordgrenze über Grundwasser, das sich in geringer Tiefe befindet und mittels Brunnen in den Orangengärten benutzt wird. Diese Wasserquelle könnte in noch viel größerem Umfange benützt werden, so daß die Zahl der Menschen, die schon jetzt auf bewässerbarem Boden angesetzt werden kann, viel größer, vielleicht doppelt so groß ist.

Stellt man diesen Möglichkeiten die Tatsache gegenüber, daß bislang in allen jüdischen Siedlungen insgesamt etwa 30.000 Menschen leben, und dies nach vierzigjähriger Kolonisation, so wird man die Forderung der baldigsten Besiedlung der für die Kultivierung geeignetsten bewässerbaren Flächen von allen möglichen Gesichtspunkten aus billigen.

Was haben wir in dieser Beziehung von der Regierung zu verlangen? Zunächst nur, daß wir bei der Auswahl der uns zuzuweisenden Ländereien diejenigen mit Bewässerung, zumindest aber mit Bewässerungsmöglichkeit, erhalten. Später muß die Frage des Wasserrechtes kommen, des Schutzes der Nutznießer beim Gebrauch des Wassers und der Sicherung des Wassergebrauches. Werden doch die landwirtschaftlichen Betriebe auf Bewässerung zugeschnitten und somit von dem Wassernutzungsrecht völlig abhängen. Aber bevor wir uns in dieser Frage an die Regierung wenden, müssen wir die ganze Angelegenheit selbst beherrschen. Ein dankbares Gebiet für unsere Juristen und Nationalökonomien.

C. DIE RENTABLE WIRTSCHAFT.

Während der Darlegung meiner programmatischen Forderungen in bezug auf Boden und Wasser vermied ich, von Intensivismus und Extensivismus zu sprechen. Ich substituierere auch jetzt noch „intensive“ mit „rentable“ Wirtschaft, und behaupte, daß im allgemeinen bei uns

die „extensive“ gleichzeitig die „unrentable“ Wirtschaft ist. Eine Behauptung, die übrigens auch vom Urheber der gemischten Wirtschaft auf 100 Dunam, von Dr. Ruppin, aufgestellt wird.

Die Aufgabe ist, in Palästina die rentable Wirtschaft zu schaffen. Was eine rentable Wirtschaft ist, braucht nicht erklärt zu werden. Aber sie soll nicht allein rentabel sein, sondern dem Mann eine komfortable Existenz sichern. Daß die gegenwärtige Form der 100-Dunam-Wirtschaft es nicht vermag, ist nachgerade ein Axiom. Aber nicht etwa wegen der 100 Dunam. Sondern wegen der Produkte, die darauf angebaut werden. Zunächst muß die Frage beantwortet werden, was soll unter den klimatischen und verkehrstechnischen Bedingungen Palästinas einerseits und unter Berücksichtigung der Eignung des Menschenmaterials andererseits, auf dem Boden Palästinas angebaut werden. Welche Produkte verlohnen die Mühe des Siedlers mit Lebensanforderungen, die den Standard of life des Fellachen übersteigen, bei den in Palästina herrschenden Produktionsbedingungen, in erster Linie angesichts der hohen Bodenpreise? So präsentiert sich die Frage zunächst. Alles andere — die Größe der Fläche und daraus folgend die Intensität des Anbaues, die Bevölkerungsverdichtung — sind Konsequenzen aus dieser Frage.

Bei dieser Fragestellung scheiden zunächst Getreide und Milch aus, da sie billige Produkte darstellen, die große Flächen erfordern, um eine Familie zu ernähren. Ebenso müssen die Zweige der Landwirtschaft außer Betracht gelassen werden, die größere Flächen bewässerten Bodens benötigen, deren Ertrag von der Flächeneinheit aber verhältnismäßig gering ist. Hiebei denke ich an Baumwolle und an Zuckerrohr. Es lassen sich freilich die Erträge, bei Getreide zum Beispiel, steigern. Mit Ackerbeetkultur, der intensivsten Form des Getreidebaues, kann man statt 60 Kilogramm vom Dunam — 600 Kilogramm ernten, aber auch diese 600 Kilogramm, ein überaus hoher Ertrag, werden nur 6 Pfund per Dunam brutto einbringen, und nur noch eine zweite Kultur auf derselben Fläche könnte Getreide in dieser intensivsten Form des Anbaues lohnend machen. Die Lösung liegt in der Hervorbringung hochwertiger Produkte, die nicht nach den darin enthaltenen Kalorien, sondern nach den Genüßwerten und als Saisonartikel bedeutend höher bezahlt werden, Produkte, die hier besser und leichter erzeugt werden als in den dichtbevölkerten Verbrauchsländern. Die rentable Wirtschaft baut sich auf Export auf. Die autarkische Wirtschaft hat sich auch bei uns schon überlebt. Die Kolonien im Emek wenden sich ebenfalls dem Export zu.

Ähnlich präsentiert sich übrigens die Frage, welche Produkte auf einer Farm angebaut werden dürfen, auch in Kalifornien, einem Lande, nach dem unsere Agronomen häufig gereist sind. Auch dort wird rein aus Rücksichten auf Rentabilität jedes Produkt zurückgewiesen, das auf der Farm weniger als 5 Cents pro 1 lb, das ist 2.2 Pi. per Kilogramm, oder 22 Pfund Sterling per Tonne einbringt. Dies ist ein Satz, zu dem die Kalifornier nach langen Jahren der Erfahrung gelangt

sind. Teueres Land, teure Arbeit verlohnen nicht die Hervorbringung billiger Produkte. Weizen kostet nur 10 bis 11 Pfund Sterling per Tonne. Er wird nur dann angebaut, wenn die Weltmarktkonjunktur hohe Preise bringt, wie es im Kriege war. Weiter läßt sich der Vergleich nicht ziehen. Immerhin liegen die Verhältnisse in Kalifornien so, daß dort, besonders im ariden Süden, Körnerfrüchte angebaut werden können auf billigem Lande in großen Farmen. Dabei ist die Durchschnittsgröße der kalifornischen Farmen um 1000 Dunam herum bei Land im Eigentum, und etwa 1300 Dunam bei gepachtetem Land. Kalifornien ist ein großer Staat mit verhältnismäßig dünner Bevölkerung, und der Angelsachse kannte bis vor kurzem in der Hauptsache nur Herrensitze, wo er mit landwirtschaftlichen Maschinen und gedungener Arbeit die Flächen bewältigte. Nun beginnen auch dort sich Formen der Landwirtschaft auf kleinen Flächen bei Eigenarbeit einzubürgern. Aber noch gelten diese Formen für die eingewanderten Japaner, Chinesen und Italiener, die die besten Gemüsezüchter in Kalifornien sind. Vereinzelt sind noch gegenwärtig die Bestrebungen der dominierenden angelsächsischen Rasse, von kleinen Flächen allein durch eigener Hände Arbeit die Existenz zu ziehen.

Sprechen wir von der rentablen Wirtschaft, so müssen wir uns zunächst darüber klar werden, welches Einkommen wir durchschnittlich für den Ansiedler als unbedingt erforderlich, gewissermaßen als sein Existenzminimum, in der Wirtschaft erlangen wollen. Ich betrachte ein Bruttoeinkommen von 150 Pfund Sterling für erforderlich, welches nach Abzug von Schuldzinsen, Gemeindeausgaben, Steuern und Betriebskosten (in erster Linie Dünger) etwa 90 Pfund Sterling für die Ausgaben der Familie übrig lassen würde. Für die 100-Dunam-Wirtschaften im Emek wurde ein Bruttoertrag von rund 130 Pfund Sterling errechnet, der eine geringfügige Zinszahlung für die Anleihen mitenthält. Wieviel Kapital muß man in der Landwirtschaft investieren, um einen Bruttoertrag von 150 Pfund Sterling zu erhalten? Diese Frage kann man auf Grund palästinischer Erfahrungen nicht beantworten, da eine rentable Landwirtschaft (freilich mit Ausnahme der Orangenpflanzungen) hier bei Juden noch nicht existiert. Wir müssen uns daher den Maßstab erborgen. Und da ist wiederum Kalifornien das Vergleichsland. Hier gilt als durch Jahrzehnte bestätigter Maßstab, daß eine Farm 25 Prozent des investierten Kapitals Bruttoertrag jährlich einbringen müsse. Bringt sie mehr oder weniger ein, so muß der Fall genauer geprüft werden: im ersteren Fall könnten besonders günstige Umstände obwalten, im anderen ist etwas nicht in Ordnung. Um jährlich 130 Pfund Sterling brutto zu verdienen, darf der Kolonist nicht mehr als 520 Pfund Sterling investieren. Wie denn aber, wenn die Wirtschaft im Emek 1500 Pfund Sterling kostet? Der Bruttoertrag von 130 Pfund Sterling stellt 9 Prozent (inklusive Arbeit und allen Ausgaben) und nicht 25 Prozent dar, und die Wirtschaft ist gebunden, von der Grundlage auf unrentabel zu sein. Ganz anders liegt die Sache bei der 10-Dunam-Wirtschaft auf bewässertem Boden: sie darf und wird nicht mehr

kosten als 600 Pfund Sterling, und ihr Ertrag wird 150 Pfund Sterling sein und später mit der Intensivierung des Betriebes noch weiter steigen. Das heißt, sie soll mit 25 Prozent als Bruttogewinn beginnen und bis auf 30 Prozent, das ist auf 200 Pfund Sterling pro anno, bei einigen Kulturen und Wirtschaftszweigen, steigen. Wir haben vereinzelte Beispiele hiefür auf den 8—10-Dunam-Orangengärten und werden dasselbe Ergebnis beim Gemüsebau und in der Geflügelzucht verbunden mit Obstbau erlangen.

Stellt man die Frage nach dem erwünschten Erlös eines landwirtschaftlichen Betriebes, und errechnet man unter Anlegung eines durch Erfahrung gewonnenen Maßstabes, daß eine solche Wirtschaft nicht mehr kosten darf als den vierfachen Betrag des jährlichen Bruttoerlöses, so kommt man zur Schlußfolgerung, daß eine Kolonistenwirtschaft, um 150 Pfund Sterling brutto einzubringen, um 600 Pfund Sterling herum kosten darf. Hat man dies festgestellt, dann fragt man sich, welche Größe der Farm und welche Form der Wirtschaft ich zu wählen habe, um nicht mehr als 600 Pfund Sterling auszugeben. Da bei uns das Land nicht nach seinem Produktionswert verkauft wird, sondern schlichtweg als Land, und man dafür Liebhaberpreise bezahlen muß, so ist es klar, daß wir für 600 Pfund Sterling nur kleine Farmen anlegen können. Denn eine 100-Dunam-Wirtschaft muß bei uns schon infolge der großen Fläche viel mehr als 600 Pfund Sterling kosten. Übrigens waren die Investierungskosten für Land und Gebäude einer Farm von weniger als 20 Acres Größe, das ist 80 Dunam, in Kalifornien im Jahre 1910 auch 6000 Dollar, das ist 1200 Pfund Sterling. Und jetzt nach dem Kriege werden die Kosten nicht weit von 1500 Pfund Sterling entfernt sein, wenn man noch für lebendes und totes Inventar ein paar hundert Pfund hinzufügt. Es wird uns häufig hingehalten, daß auch anderswo eine 100-Dunam-Wirtschaft 1500 Pfund Sterling koste. Es stimmt schon. Aber sie bringt anderswo einen entsprechenden Ertrag, in Kalifornien müßte der Ertrag nicht weniger als 375 Pfund Sterling brutto pro Jahr betragen. Und da man diesen Ertrag auf der Farm, die weniger als 20 Acres groß ist, nicht vom Getreide erzielen kann, so werden eben Produkte kultiviert, die einen höheren Wert als 5 Cent per 1 lb oder 2.2 Pi. per Kilogramm, das ist 22 Pfund Sterling per Tonne, haben und nicht wie Getreide 10 bis 11 Pfund Sterling.

Eine weitere Bedingung für die rentable Wirtschaft als Kolonisationsbasis ist die Auswahl eines Wirtschaftstyps mit nur kurzer Wartezeit bis zum Eintritt der Produktion. Es müssen einjährige Gewächse und solche von noch kürzerer Lebensdauer sein, will man Leute auf dem Lande ansiedeln. Gemüse und Geflügel liefern gewissermaßen sofort Erträge auf vorbereiteten Farmen. Deshalb müssen Pläne der Ansiedlung auf Grundlage von Baumkulturen allein, einschließlic Orange, die eine Wartezeit von 5 bis 6 Jahren erforderlich machen, abgelehnt werden. Die Idee der Kolonisation mittels einer großen Orangenpflanzung von 10.000, ja von 20.000 Dunam spukt schon

seit Jahren in unseren Kreisen herum. Im Jahre 1920 trat ich auf dem Berliner Delegiertentag gegen solche Vorschläge von Ruppin auf. Jetzt treten diese Pläne von neuem auf. Geschweige der ungeheuren Schwierigkeiten einer Organisation eines so riesigen Pflanzungsbetriebes, bei dem es so sehr auf die individuelle Pflege der Bäume ankommt, wäre es zu schade um den bewässerbaren Boden, den man zu einer viel schnelleren Produktivität als Basis der Existenz von Tausenden von Familien auf dem Wege von Kleinsiedlungen bringen kann. Man kalkuliere doch einmal: 10 Dunam Orangenpflanzung kosten bis zum Ertrag 800 Pfund Sterling, ohne Zinsen zu rechnen, ohne Haus; 10 Dunam Kleinsiedlung kosten 600 Pfund Sterling einschließlich Haus, Hof, Inventar, und ernähren eine Familie unverzüglich!

Und nun komme ich zum Intensivismus.

Intensivismus ist als Wirtschaftsprinzip — eine Funktion der Fläche. Nur eine kleine Fläche kann wirklich intensiv ausgenutzt werden. Der Grundsatz ist — Maximum von Produkten von Minimum an Fläche unter Anwendung maximalster Produktionsmittel. Letztere sind weniger Geld und Geldeswert, als vielmehr Arbeit. Und wenn man in der gemäßigten Zone nicht selten kostspielige Anlagen schafft, um die einigen Breitengrade zu gewinnen, so brauchen wir unter unseren klimatischen Bedingungen nur geringe Auslagen für die Ausrüstung einer intensiven Farm. Die Hauptausgabe ist die Bewässerungsanlage. In Europa und Amerika, wo die Besitzverhältnisse, aus dem Feudalsystem hervorgegangen, große und mittlere Betriebe kennen, konnten die Methoden der intensivsten Bodennutzung nicht schnell um sich greifen. Auch der Kleinbesitz, so zum Beispiel in Süddeutschland, war in seinen Anbaumethoden traditionell vom Großgrundbesitz beeinflusst. In den letzten Jahren, besonders unter dem Einfluß des Krieges, setzte auch in Europa die Bewegung für Intensivismus ein. Die klassischen Länder des Intensivismus sind die alten Kulturgebiete des fernen Ostens, China, Japan, Korea, die seit Jahrtausenden eine dichte Bevölkerung in der Hauptsache durch die Bodenbebauung ernähren. Dort werden nicht allein hochwertige Produkte, sondern auch Reis, zum Teil Weizen, auf Beeten unter Umpflanzung angebaut und geben reiche Erträge, wie man sie in Europa nur auf Versuchsstationen erreicht. Gerade unter Hinweis auf China wird die Behauptung aufgestellt, die Intensität der Bodenbenutzung sei eine Folge der Bevölkerungsdichte. Hier lassen sich Ursache und Folgeerscheinung nicht voneinander scheiden. Die Fähigkeit, dem Boden die höchsten Erträge abzugewinnen, verhalf China, jeden Bevölkerungszuwachs glatt aufzunehmen. Es gibt aber auch Gebiete, insbesondere in warmen Ländern, wo die intensive Kultur gewissermaßen strichweise als Folge günstiger Bewässerungsverhältnisse auftritt, während die große Umgebung aus Wassermangel nur extensiv angebaut und dünn bevölkert ist. So in Spanien, auf den Kanarischen Inseln, in Italien, in Kalifornien.

Wäre aber auch die Prämisse der Bevölkerungsdichte als Voraussetzung für intensive Kultur richtig, so haben wir mit einer potentiellen

Einwanderungsstärke zu rechnen. Unser Volk wartet nur auf die Möglichkeit der Ansiedlung, es drängt gewissermaßen nach. Wie bei der Forderung politischer Rechte, müssen wir auch bei unserer Bodenpolitik nicht von der jetzt im Lande anwesenden Zahl ausgehen, sondern von der draußen auf Einzug wartenden. Dann haben wir freilich mit einer zukünftigen, aber schon in naher Zukunft liegenden Bevölkerungsverdichtung zu rechnen, die uns zwingen muß, bei der Kleinheit des Landes nur solchen Methoden der Bodenbenutzung den Vorzug zu geben, bei denen wir die größte Zahl unterbringen können. Dies sind einzig und allein die intensiven Methoden.

Ich sprach von dem draußen wartenden Volke. Für dieses sind die Methoden der intensiven Agrikultur bei weitem leichter, annehmbarer, da es sich ihnen leichter anpassen kann. Die große Fläche fordert mehr Kraftaufwand, mehr Geld, bietet aber weniger geistige Abwechslung und befriedigt weniger infolge des geringeren Ertrages.

Die Vorzüge der intensiven Landwirtschaft, die, wie ich vorhin auseinandersetzte, eine Funktion der Fläche ist, liegen klar auf der Hand: die Hervorbringung hochwertiger Produkte auf kleiner Fläche erfordert ein viel kleineres Anlagekapital, weniger Arbeit, ermöglicht eine vorzügliche Düngung der ganzen Parzelle, während der Getreidebau nur sehr schwer die Erträge durch Düngung von Teilen der großen Fläche bei vieler Arbeit steigern kann.

Die natürlichen Vorzüge Palästinas, sein gesegnetes Klima und die Eigenschaften der Ansiedler mahnen gebieterisch, nur die intensiven Formen der Bodenbenutzung zur Anwendung gelangen zu lassen. Mensch und Land fordern den Intensivismus.

Falsch ist es, die Forderung nach Intensivismus als eine besondere Betonung des Gemüsebaues aufzufassen. Intensivismus in Anwendung auf alle Zweige der menschlichen Betätigung auf dem Lande ist das Ziel. Intensivismus als Wirtschaftsordnung, als Lebensauffassung. Jeder Zweig der Landwirtschaft läßt sich intensiv oder extensiv betreiben. So ist der Orangenbau bei uns intensiv, in Kalifornien, infolge der großen Flächen und daher maschinellen Bearbeitung, noch vielerorts extensiv. Der Gemüsebau kann extensiv gestaltet werden, so in vielen Teilen Amerikas und auch in Kalifornien von Angelsachsen betrieben, während die Chinesen und Japaner auch in Kalifornien intensiven Gemüsebau treiben. Der charakteristische Zug ist Hervorbringung hochwertiger Produkte auf kleiner Fläche. Bei verschiedenen Gelegenheiten empfahl ich für Palästina Obstbau mit Geflügelzucht auf kleiner Fläche. Auch die Ackerbeetkultur für Getreide ließe sich unter gewissen Bedingungen empfehlen.

D. DIE BODENOKKUPATION.

Ich weise aber auch dem Extensivismus eine Stellung in unserer Bodenpolitik zu. Es wird fast immer darauf hingewiesen, daß bei Anwendung nur intensiver Methoden wir wenig Land benötigen. Für den einzelnen ja, für die Gesamtheit brauchen wir aber viel Land, da unser

Ziel ist — viele Juden auf dem Land ansässig zu machen. Wir können aber nicht so schnell kolonisieren, wenigstens nicht am Anfang der neuen Periode, die ja bald anbrechen soll. Indessen müssen wir uns Land sichern, es auf die eine oder die andere Weise erwerben. Für die Besiedlung des Bodens müssen noch Vorbereitungen getroffen werden, dagegen für die Okkupation gar keine. Für die Besitzergreifung sind die intensivsten Methoden gerade gut genug. Keine permanenten Gebäude, keine großen Anschaffungen, möglichst Schafzucht zur Beweidung der in Besitz genommenen Flächen. Diese extensive Übergangsform soll nur so lange dauern, bis wir die nötigen Vorkehrungen getroffen, um auf den neuerworbenen Flächen Kolonisten anzusiedeln. Dann wird erst der Boden parzelliert und an Familien verteilt. Während der Okkupationsdauer — der Gdud, Junggesellen-, Nomadenwirtschaft, Kwuzot. Bei Kolonisation — Familien, Sesshaftigkeit, intensive Agrikultur, Individualwirtschaft mit Kooperation. Kurzes Nomadentum als Vorstufe zur dauernden Sesshaftmachung. Hier weise ich den Kwuzot eine achtungswerte und verdienstvolle Stelle zu. Hier sollen junge Leute ihre nationale Dienstpflicht, vielleicht manchmal mit dem Gewehr in der Hand, ableisten. Später, wenn sie Familien begründet haben und nachdem das Land vorbereitet wurde, werden sie in die höhere Kulturform, in die intensive Landwirtschaft landen.

E. DIE TECHNIK DER KOLONISATION.

Nachdem wir uns über die Wirtschaftsform, über die Dringlichkeit der Bevorzugung intensivster Methoden der Bodenbenutzung geeinigt haben, braucht nur noch einiges über die Technik der Kolonisation gesagt zu werden.

Auch hier ist die Forderung Intensivierung. Die ganze Vorbereitung der zukünftigen Siedlung soll so weit gehen, um dem Neuankömmling einen Lebenserwerb möglichst bald nach seiner Niederlassung in die Hand zu legen. Die vollste Ausrüstung ist hiefür erforderlich. Diese soll bestehen in der Urbarmachung und Düngung des Bodens, Schaffung der Kommunikationswege, Zuleitung von Trink- und Bewässerungswasser, Hausbau, Vorbereitung von Pflanzenmaterial, Geflügel, Ankauf von Geräten und Maschinen, Ausbildung von Instrukto- ren, Errichtung der notwendigsten kooperativen und kommunalen Gebäude, Vorbereitung der Verkaufsorganisation, der Konsumläden usw. Die weitestgehende Fürsorge für unseren Siedler. Diese Technik der Kolonisation ist sparsam nicht allein an Geldmitteln, sondern an dem Menschenmaterial. Sie ist erforderlich in unserem Falle, da wir es mit Leuten zu tun haben, die aus ganz anderen Verhältnissen kommen, als etwa die repatrierten Griechen, die schubweise aus der Türkei nach Mazedonien und anderen Teilen Griechenlands völkerwanderungsmäßig im Zeitraum von 1½ bis 2 Jahren, ja noch schneller, gestürmt sind. Hier sind andere politische, nationale und wirtschaftliche Voraussetzungen, als sie bei uns herrschen. Doch komme ich noch darauf zurück.

Die geschilderte Vorbereitung einer Siedlung von mehreren hundert Familien wird Zeit brauchen, gewiß zu Beginn nicht weniger als zwei Jahre. Später wird sie schneller vor sich gehen. Zu ihrer Durchführung brauchen wir eine besondere Organisation. Sie ist in der Form unserer Palestine Small Holdings Promotion Co. zu denken, einer gemeinnützigen Gesellschaft, die, mit genügend Kapital ausgerüstet, zunächst eine, dann gleichzeitig mehrere Kolonien aufbaut, einen technischen Apparat besitzt, den sie mit jedem Tag vervollkommnet und zunächst keine Kolonisten kennt. Erst wenn die Siedlung fertig ist, werden die Farmen an die passenden Reflektanten abgetreten. Auf die Finanzierung komme ich noch zu sprechen. Also hier sind die Forderungen: vollste Ausrüstung, organisierte große Kolonien, Kooperation.

F. DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE KOLONISATION.

Ich habe die beiden primären Voraussetzungen für die Kolonisation — Boden und Klima — und die daraus resultierenden Forderungen an uns und an die Regierung eingangs meines Referates besprochen und wende mich denjenigen Voraussetzungen zu, die, von Menschenhand geschaffen, die Erreichung des erstrebten Zieles, wenn richtig erfüllt, beschleunigen, deren Fehlen aber andernfalls sie sehr verlangsamten können.

Hiezu gehört die Frage nach dem

1. Kapital. Wie beschafft man das für die Siedlung erforderliche Kapital? Die grundlegende Voraussetzung für Kreditbeschaffung ist die Rentabilität der Wirtschaft. Ich behaupte und glaube dargetan zu haben, daß die intensive Kleinsiedlung, bei geringem Kapitalaufwand und dank der Einstellung auf die Hervorbringung hochwertiger exportfähiger Produkte, die Grundbedingungen für die Rentabilität besitzt und daß die Rentabilität bei den 100-Dunam-Wirtschaften mit vorwiegender Getreidekultur nicht erreicht werden kann. Bei der Kreditfrage für landwirtschaftliche Siedlung wird es sich um zweierlei Kredite handeln müssen: um Kredite für die schon bestehenden Betriebe und um die Finanzierung von neuen Siedlungen. Den ersteren dürfen kurzfristige Anleihen bis zur Ernte oder für Spezialzwecke auch etwas länger währende Anleihen gewährt werden. Die geeignetste Form von Kreditinstituten sind die mit geringen Unkosten betriebenen genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Kreditkassen nach Art der Raiffeisenschen oder Schultze-Delitzschen Kassen, die ihrerseits sich auf die bestehende Zentralbank für Kooperativkredit und auf ähnliche noch zu schaffende Kreditanstalten stützen können. Aus vielen kleinen landwirtschaftlichen Kassen kann nachher das zentrale Institut, die landwirtschaftliche Zentralkasse entstehen. Dieser Teil der Finanzierung ist nicht schwer, er bedarf nur einer guten Organisation.

Bedeutend wichtiger ist die Finanzierung neuer Siedlungen. Hier soll erst das Kapital die Grundlage für die große Einwanderung schaffen. Wenn wir uns nach Analogien in anderen Ländern umsehen, so finden

wir, daß man in Kalifornien bei Kreditgewährung einen Unterschied macht zwischen der Beleihungsquote auf Land, die 95 Prozent ausmachen kann, und auf Investitionen von dauerndem Wert (Improvements), auf welchen 60 Prozent als Anleihe stehengelassen werden können. In Dänemark hat man aber andererseits 90 Prozent des gesamten Beleihungswertes einer Farm vom Staate als langfristiges Darlehen gewährt mit einer Einschränkung der Gesamtsumme nach oben. Erstere Methode ist bei großen Farmen, wo viel Geld in Land investiert werden muß, wie es in Kalifornien der Fall ist, von großem Werte. Besteht der Wert einer Farm zum Beispiel aus 10.000 Dollar Landwert und nur 1350 Dollar Wert der Improvements, so ist die kalifornische Methode für den Siedler von großem Wert: er braucht nur 500 Dollar als Anzahlung für Land (5 Prozent) und 540 Dollar für Improvements (40 Prozent) herzugeben. Den Restbetrag zahlt er in 20 Jahren zum Satze von 8 Prozent, einschließlich Tilgung des Kapitals, aus. Ist aber der Beleihungswert der ganzen Farm 4000 bis 8000 Kronen, das sind 1000 bis 2000 Dollar, wie in Dänemark, so scheint die Trennung zwischen Land- und Improvementswert nicht wichtig zu sein, und der Staat gibt, allerdings qualifizierten Siedlern, 90 Prozent als Anleihe für 65 Jahre zu $3\frac{1}{2}$ Prozent Zinsen und $\frac{1}{2}$ Prozent Tilgungsquote.

Wir werden wohl bei unseren intensiven Farmen, bei denen einerseits der Landwert keine so große Rolle spielt, andererseits unser Siedlermaterial nicht qualifiziert ist, einen Weg gehen müssen, der die persönliche geldliche Beteiligung des Siedlers in größerem Umfange als es in Dänemark geschieht, erforderlich macht und der der kalifornischen Forderung der 40 Prozent Eigenkapital, aber von dem Wert der ganzen Farm, näherkommt. Ich halte es für sozial gerecht, wenn wir von unseren Siedlern 30 bis 40 Prozent der Gesamtkosten einer 10-Dunam-Farm, die 600 bis 700 Pfund Sterling ausmachen werden, an Eigenkapital fordern würden, das sind 180 bis 280 Pfund Sterling. Die verbleibende Schuld ließe sich mit 5 Prozent für Zinsen und 1 Prozent für Amortisation in $36\frac{1}{2}$ Jahren auszahlen, ohne die Kolonisten mit einer allzu schweren jährlichen Zahlung zu belasten; es würde sich bei 400 Pfund Sterling Anleihe um 24 Pfund Sterling pro Jahr handeln.

Die Finanzierung der Kolonisation ist überall eine staatliche Angelegenheit. In den verschiedensten Ländern haben die Regierungen und Parlamente besondere, zunächst nur bescheidene Mittel für die ländliche Siedlung hergegeben. In Palästina, wo die landwirtschaftliche Kolonisation einen doppelten Zweck verfolgen müßte, erstens die Verdichtung der Bevölkerung überhaupt und zweitens die Schaffung der jüdischen Heimstätte, zwei Aufgaben, die gleichzeitig und parallel im Interesse des Wohlstandes des Landes und in Erfüllung übernommener international garantierter Verpflichtungen durchgeführt werden könnten, hätte die Regierung die Pflicht, die Kolonisation zu finanzieren.

Es gibt einen Weg, der nicht einmal großer Mittel hierfür bedarf. Das ist die Übernahme der Garantie seitens der Regierung für Zinszahlung und Tilgung von Anleihen für die Zwecke der ländlichen

Siedlung. Eine Land Settlement Bank würde auf Grund der Regierungs-garantie Anleihen aufnehmen können, und zwar in Teilbeträgen, gemäß der möglichen Leistung, das heißt entsprechend der Zahl der anzusiedeln-den Familien. Bei einer völlig vorbereiteten Kolonisation wäre die Leistung im ersten Jahre, sagen wir zwei große Kolonien von je 500 Familien, dies entspräche 5000 Köpfen mit Nebenberufen (30 Prozent) — 6500. Im zweiten Jahre könnten vielleicht drei neue und im dritten Jahre fünf neue Kolonien hinzukommen. Diese zehn Kolonien würden insgesamt 35.000 Köpfe aufnehmen. Es ist eine überaus große Leistung, hat man im Auge eine technisch und sozial gut vorbereitete Kolonisation. Und eine andere kommt für uns nicht in Frage, was ich noch im nach-folgenden zu beweisen versuchen werde. Im ersten Jahre wären für 1000 Familien 400.000 Pfund Sterling, im zweiten für 1500 Familien 600.000 Pfund Sterling und im dritten für 2500 Familien 1.000.000 Pfund Sterling aufzubringen und zu verwenden. Die Regie-rung müßte in ihr reguläres Budget zunächst 24.000 Pfund Sterling, im zweiten Jahre insgesamt 60.000 Pfund Sterling und im dritten Jahre 120.000 Pfund Sterling für Zinsgarantie einstellen. Mit einem Garantie-fonds von nur 24.000 Pfund Sterling bzw. 60.000 Pfund Sterling, be-ziehungsweise 120.000 Pfund Sterling im Jahre würde die Regierung die Ansiedlung von 5000 im ersten Jahre, von 7500 im zweiten, von 12.500 Menschen im dritten Jahre ermöglichen, das heißt die dauernde Garantie würde pro Kopf nicht mehr als 4.80 Pfund Sterling aus-machen: im dritten Jahre 25.000 Menschen — 120.000 Pfund Sterling. Bedenkt man, daß die direkten und indirekten Einnahmen von jedem Siedler einen Teil dieser Garantie decken können, so erscheint diese Art der Finanzierung am billigsten und am leichtesten durchführbar.

Da aber die Siedler einerseits in der Lage sein werden, andererseits auch gezwungen werden sollen, die Zinsen aufzubringen, so ist mit großer Sicherheit anzunehmen, daß die Regierung diese Beträge wird über-haupt nicht auszahlen brauchen. Die Erfahrung in England, Dänemark, Kalifornien zeigt, daß fast ausnahmslos die Verpflichtungen überall ein-gehalten werden und die Verluste ganz minimal sind: in Dänemark war der Gesamtverlust der Regierung in acht Jahren, von 1901 bis 1908, bei einer ausgeliehenen Summe von rund 15 Millionen Kronen an 3820 Kleinsiedler nur 6878 Kronen = 340 Pfund Sterling, in England waren die Rückstände von 13.500 Siedlern im Jahre 1914 weniger als 60 Pfund Sterling, in Kalifornien, in Durham, der ersten Kolonie von Professor Mead, bezahlten sämtliche Ansiedler ihre Annuitäten. Sind wir in der Lage, ein von der Regierung garantiertes Wertpapier anzubieten, welches auch nur 5 Prozent Zinsen einbringt, so zweifle ich nicht, daß es gelingen wird, diese Anleihe in immer größeren Mengen bei den Juden unterzu-bringen, die bislang gewohnt waren, für den Keren Hayessod usw. Geld umsonst herzugeben. Ein Staatspapier mit garantierter 5 prozentiger Ver-zinsung ist ein gutes, weil risikoloses, Anlagepapier. Unsere Aufgabe wäre es, die Anleihen zu placieren. Die Aufgabe der Kolonisation könnte die Palestine Small Holdings Promotion Co. übernehmen.

während die Land Settlement Bank die staatliche Emissionsbank für die Anleihen wäre.

2. Verkehrswege, Häfen, Märkte. Würde die Regierung außer der Zinsgarantie für Anleihen direkt für die ländliche Siedlung nichts herzugeben haben, so hätte sie eine Reihe von Aufgaben auf dem Gebiete der Landeserschließung im allgemeinen. In erster Linie hätte sie für gute Verkehrswege zu sorgen. Für den gegenwärtigen Bedarf verfügt Palästina über ausreichende Eisenbahnen. Bei weiterer Erschließung müßten freilich neue Bahnen hinzukommen. Was aber schon gegenwärtig unzulänglich ist, sind die Zufahrtsstraßen zu den Bahnhöfen. Überall in der Welt befassen sich die Eisenbahnen mit dem Bau von Zufahrtswegen, die die Bahn mit Gütern speisen. Hier aber tritt die Tendenz der Eisenbahnverwaltung auf, gute Straßen zu inhibieren. Sie sieht in ihnen Konkurrenten. Dies kommt wohl in erster Linie davon, daß die Bahn im Passagierverkehr und nicht im Frachtverkehr ihr Hauptinteresse sieht. Wird das Land mehr Produkte schaffen, so wird auch die Bahn viel mehr zu ihrem Rechte kommen und wird nicht mit dem Automobilverkehr wetteifern. Gute Wege müssen nachdrücklichst gefordert werden.

Über die Häfen braucht nicht viel gesagt zu werden. Der Hafen Palästinas muß schleunigst in Haifa gebaut werden. Rücksicht muß hierbei auf die Bedürfnisse des Exports von frischen Produkten genommen werden, durch Errichtung von Kühllhäusern für Obst, Gemüse, Eier.

Die Eroberung des englischen Marktes für unsere Erzeugnisse ist eine Aufgabe, bei der die Regierung mithelfen kann durch Anschluß Palästinas an den Empire Marketing Board, der mit staatlichen Mitteln die Fragen des Transportes von „Empire“-Produkten studiert. Für das Studium der Kühlung von Produkten sind zum Beispiel der Universität Chambridge 25.000 Pfund Sterling bewilligt worden. Ebenso wurde auf Empfehlung des Imperial Economic Committees der Betrag von 40.000 Pfund Sterling dem Landwirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt, um weitere Untersuchungen zur Verbesserung der Marktmethoden in England zu machen. Auch wir müssen rechtzeitig bei dieser wichtigen Bewegung dabei sein, als zum britischen Empire gehörend.

3. Die Eroberung des Wissens. Nach meiner tiefsten Überzeugung fehlt uns nichts in dem Maße als das Wissen, das positive Fachwissen. Es fehlt uns mehr als Geld. Wir sind in Palästina ganz besonders arm an Wissen. Die Mißerfolge in unseren Unternehmungen, auf welchem Gebiete es auch sei, führe ich in erster Linie auf mangelndes Wissen und Können zurück. Es sind oft lächerliche Fehler, die wir bei der Kolonisation machen. Nun können wir als Entschuldigung für uns in Anspruch nehmen, daß wir in der Kunst der Kolonisation, auch in der Landwirtschaft, keine Erfahrung haben. Das Unglück aber ist, daß unsere machthabenden Kreise sich einbilden, dies und vieles andere doch zu verstehen und nicht lernen wollen. Dagegen muß mit aller Schärfe vorgegangen werden. Wir brauchen Fachleute, um schnell und sicher zum Erfolg zu kommen. Ebenso wie es sich empfiehlt, bei der Anlage

eines Gartens schon fertige, mehrjährige, veredelte Bäume zu kaufen, ja, sie aus dem Auslande zu importieren, um auf diese Weise schneller zum Ziele zu kommen, eine ertragsfähige Pflanzung zu erhalten, ebenso sind wir gezwungen, fremde Kenntnisse zu erwerben, um an Zeit zu sparen, da die Gewinnung an Kenntnissen und Erfahrungen außer Geld noch viel Zeit kostet.

Den Wert der aus dem Auslande eingeführten Fachkenntnisse erkennt man ohne weiteres in manchen Industrien. Ich kenne einen Fall, da durch Anstellung eines geübten Heizers aus dem Auslande große Ersparnisse erzielt wurden. Noch viel wichtiger ist die Hinzuziehung von geübten Fachleuten auf allen Gebieten der Landwirtschaft, da hier die Auswirkung im Hinblick auf die beabsichtigte Ausdehnung der ländlichen Siedlung eine noch viel größere sein muß. Auf keinem Gebiete wird so gegen die Forderung der (zunächst) importierten Erfahrung gesündigt, wie auf dem der Landwirtschaft. Nirgends ist das Fehlen von Autoritätsglauben so schädlich wie auf dem Gebiete der Bodennutzung. Mag sein, daß dieser Mangel an Autoritätsglauben das Ergebnis der negativen Erfahrung ist, die man hierzulande mit „Fachleuten“ bislang gemacht hat. Man muß daher keine Mühe und keine Geldopfer scheuen, um wirklich gute, erstklassige Fachleute mit reichen Kenntnissen zu erhalten. Der Wunsch, aus sich selbst heraus die mangelnden Kenntnisse und Erfahrungen zu gewinnen, ist unvernünftig, da er zu kostspielig ist und, was in unserem Falle besonders schwer wiegt, viel zu langsam zum Ziele führt. Freilich müssen Fachleute aus Gebieten mit ähnlichem Klima und mit guten, für die intensive Richtung unserer Landwirtschaft nützlichen Methoden eingeführt werden.

Unser Versuchswesen krankt einerseits am Mangel an erfahrenen Experimentatoren, andererseits an Einseitigkeit der Versuche. Man hat, entsprechend der vorwiegenden Betonung des Ackerbaues in der Kolonisation, es versäumt, Versuche auf dem Gebiete des Obst- und Gemüsebaues anzustellen. Nur zaghaft und ohne Folgerichtigkeit geht man an sie jetzt heran. Darin äußert sich auch der Mangel an einer richtigen Einschätzung der klimatischen Eigenart unseres Landes.

Ich will nur einige wenige Beispiele anführen. Dank der Initiative eines Kolonisten in Ir-Ganim wurde die Erdbeerenkultur eingeführt. Das Produkt ist sehr schön, das Klima hiefür geeignet. Während man aber in Kalifornien Sorten hat, die fünf bis acht Jahre tragen, sterben die hier kultivierten wenigen Sorten schon nach ein bis zwei Jahren ab. Versuche müssen hier gemacht werden, da es sich um eine wirtschaftlich wichtige Kulturpflanze handelt: so hat Kalifornien im Jahre 1920 nicht weniger als 20.000 Dunam Erdbeeren angebaut mit einem Ertrag von $\frac{1}{2}$ Millionen Pfund, das sind 25 Pfund Sterling per Dunam Erlös. Des weiteren fehlen uns die richtigen Tafel- und Rosentraubensorten, ferner hat man den Feigenbaum völlig vernachlässigt. Beim Gemüse hat man weder Sortenerfahrung, noch kennt man die richtigen Jahreszeiten, zu denen man die einzelnen Sorten anzubauen hat. Sogar die

Orangenkultur hat man wissenschaftlich nicht studiert. Es sind noch wichtige Fragen der Praxis bislang völlig unberührt geblieben.

Ich verweile so lange bei dieser Frage, da sie für uns die Kardinalfrage ist. Nach meinem Dafürhalten fehlt uns am meisten Wissen. Wir werden es schon bald bei der Durchführung der ersten Siedlung, die sich auf intensiver Kultivierung des Bodens aufbauen soll, verspüren. Ich behaupte, daß nicht der Absatz der Produkte Palästinas ein Problem ist, sondern ihre richtige Hervorbringung, das heißt, die Auswahl der richtigen Sorten und Saisonen. Hierin sind wir völlig unvorbereitet. Wenn wir trotzdem mit unserer Kolonie anfangen, so geschieht es aus der Überlegung heraus, daß wir zunächst, auf dem wenigen, was immerhin bekannt ist, fußend, zwar bescheidene Erträge haben werden, die aber genügen können. Erst nach und nach werden wir Steigerungen durch Einführung neuer Sorten usw. erzielen. Aber es ist nicht richtig, die Kolonisten experimentieren zu lassen. Gegenwärtig sieht die Sache doch so aus, daß in einem Meere von Extensivität unsere Kolonie gewissermaßen als eine Insel der Intensität entstehen wird. Dies muß sobald als möglich eine Änderung erfahren. Wir müssen den offiziellen Apparat in die Hände bekommen und ihn entsprechend den neuen Aufgaben abändern und erweitern.

Wenn ich beim Kapitel der Finanzierung der ländlichen Siedlung ein zunächst nur langsames Vorgehen ins Auge faßte, so geschah es vorwiegend aus der Überlegung, daß zunächst noch der Rahmen geschaffen werden müsse, der uns ein schnelles Vorgehen ermöglichen soll. Und dies erfordert einige Zeit, wenn wir die Dinge gestalten werden. Verbleibt aber die Maschine in den Händen der Kreise, die für diese wichtigsten Bedürfnisse kein Verständnis haben, so wird es noch langsamer gehen.

In das Gebiet der Eroberung des Wissens und der Förderung der landwirtschaftlichen Technik fallen die Fragen der Einführung neuer und Verbesserung alter, schon bestehender Kulturen, wofür man ähnlich dem Institut der „Agricultural Explorer“ der Vereinigten Staaten eine Organisation schaffen sollte, an welcher auch die Beteiligung der Regierung angestrebt werden müßte. Wird doch davon das ganze Land Nutzen haben. Die Organisation des Samen- und Pflanzenbezuges, die Erleichterung des Düngerankaufes, ein wirksamer Dienst für Pflanzenschädlingsbekämpfung, Fragen der Viehzucht, der Geflügelzucht, bilden das Gebiet teils praktischer Arbeit mit sofort fühlbarem Erfolg, wie Samen- und Pflanzenbezug, Düngerankauf, teils weitsichtiger Versuche, zu denen man die Regierung mit Geldbeträgen heranziehen oder noch richtiger ihr diese Aufgaben überlassen muß.

Die Heranziehung und Ausbildung von Instruktoren ist ein unaufschiebbares Bedürfnis der praktischen Kolonisationsarbeit. Gerade im Hinblick auf die mangelnde Vorbereitung unseres Menschenmaterials ist die Rolle der an Ort und Stelle zwischen den Kolonisten anzusiedelnden Instruktoren besonders wichtig. Keine flüchtigen Gastrollen der Fachleute, wie es jetzt zu geschehen pflegt, sondern ansässige Gärtner,

Geflügelzüchter usw. sollen dem Kolonisten durch ihre Arbeit und in Instruktionsstunden die ihnen fehlenden Kenntnisse beibringen. Dieses neue Institut der Instrukturen im Gegensatz zu dem jetzt von der Versuchsstation aus geleisteten Extension work wird das Wissen und die Erfahrung den Kolonisten mit gutem Erfolg vermitteln.

Die hier behandelte Aufgabe der Eroberung des Wissens wird in der Hauptsache unserer Organisation zufallen. Die Regierung werden wir in den Fällen, da es sich um allgemein nützliche Unternehmungen handeln wird, heranzuziehen suchen. Dieses wichtigste Gebiet der kolonisatorischen Tätigkeit wird bedeutende Mittel erfordern, die die gegenwärtig im Budget eingestellten Zahlen übersteigen werden. Hier wäre Sparsamkeit falsch angebracht. Aber ein wachsames Auge müssen wir darüber haben, daß nur wirklich berufene, an Erfahrung und Kenntnissen reiche Leute diese Arbeit machen.

G. DIE METHODE DER KOLONISATION. IHR TEMPO.

Aus dem Gesagten geht wohl mit Klarheit hervor, daß ich für eine völlig vorbereitete, in allem vorbereitete Kolonisation, plaudiere. Diese Methode ist zu Beginn zwar etwas langsam, leistet aber qualitativ und quantitativ Großes, Dauerhaftes. Sie ist nicht eine Methode der Katastrophe, sondern des Aufbaues.

Als eine katastrophale Methode bezeichne ich die der Repatriierung der Griechen, die unmittelbar vor unseren Augen in den letzten drei Jahren fast $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen aus der Türkei nach Griechenland herübergeworfen hat. Eine moderne Völkerwanderung, die allerdings auch ebenso verschwenderisch mit den Menschen umgegangen ist, wie es die mittelalterliche tat. Studiert man die zehn Vierteljahrsberichte der vom Völkerbund eingesetzten Repatriierungskommission (der erste datiert vom Februar 1924, der zehnte vom Mai 1926), so hat man die Bestätigung, daß es sich hiebei um eine völlig elementare Bewegung gehandelt hat, die man versucht hat, in ein reguliertes Flußbett hineinzudämmen, mit sehr anerkennenswertem, aber freilich nur partiellem Erfolg. Wie war hier die Lage? Durch einen Beschluß des Völkerbundes sollten die beiderseitigen Volksangehörigen der Türkei und Griechenlands in kürzester Zeit ausgetauscht werden. Der zwischen den beiden Völkern durch Generationen bestehende Haß, aufgestachelt bis zum äußersten während des Krieges, wirkte nach Friedensschluß eine Panik auf beiden Seiten aus, besonders aber bei den in ungeheuren Zahlen in der Türkei lebenden Griechen: soll doch fast die Hälfte des griechischen Volkes unter den Türken gelebt haben. Dieser Zustand löste eine Flucht der Griechen aus der Türkei aus. Nichts war vorbereitet. Es fehlte vorerst der Boden für die Besiedlung: von den durch die griechische Regierung bereitzustellenden 500.000 Hektar Bodens waren nicht einmal 25.000 verfügbar, noch Mitte und Ende 1924. Ein Kataster besteht noch immer nicht, die Vermessung konnte nicht so schnell organisiert werden. Der Paludismus wütete in Ausbrüchen und raffte Zehn-

tausende von Menschen hin, bald gab es eine Armee von 50.000 Waisen, für die man zu sorgen hatte, von denen aber der größte Teil zu Bettlern wurde. In manchen Dörfern war der Prozentsatz von Arbeitsunfähigen im Frühjahr, da man gerade die landwirtschaftlichen Arbeiten schnell auszuführen hat, volle 100, an anderen Orten nicht weniger als 50. Aber die Leute waren ja nicht zu halten. Es war keine Kolonisation, sondern der Versuch, eine Elementarerscheinung einigermaßen zu beherrschen. Und man muß der Repatriierungskommission recht geben: sie tat Außerordentliches. Was ihr am besten gelang, war die englisch-amerikanische Finanzierung dieser Völkerwanderung, die unter der Garantie der griechischen Regierung und unter Beteiligung der Nationalbank von Griechenland (mit 20 Prozent) glatt 10.000.000 Pfund Sterling erbrachte. Es galt Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen, den Boden einigermaßen vorzubereiten, Vieh und Samen sowie Futter und Brot anzuschaffen und heranzubringen. Für den Transport der Leute aus Türkei nach Griechenland brauchte man gar nicht zu sorgen: die Massen kamen oft mit ihrem eigenen Vieh, Wagen, Geräten und allen Habseligkeiten herüber (mehr als 60 Prozent sind Landwirte), besetzten zum Beispiel in Mazedonien, wo sich der weitaus größte Teil niederließ, das Land der Türken, drangen in die Häuser der Türken ein. Es wurde von der Repatriierungskommission unter diesen Verhältnissen Ungeheures getan: die Firma Sommerfeld in Berlin hat unter anderem in weniger als einem Jahre 10.000 Häuser gebaut. Jedes Häuschen (es handelt sich um etwa 35 Quadratmeter, oft für Mensch und Vieh) hat durchschnittlich 48 Pfund Sterling gekostet. Begann man aber später ein mehr reguläres Aufbauen, so mußte man schon mit 100 bis 120 Pfund Sterling pro Haus kalkulieren. Immerhin rechnet die Kommission noch im Mai 1926 mit der Installation von neuen 8000 Familien auf dem Lande und 20.000 Familien in den Städten mit einem Betrage von nur 100 Pfund Sterling pro Familie.

Mit unserer Kolonisationsaufgabe läßt sich diese Sache nicht vergleichen. Wenn plötzlich durch einen Ausbruch von Pogromen schlimmster Art, sagen wir in der Ukraine, die Juden zur Flucht hätten greifen müssen, so gebe es auch da einfach keine physische Möglichkeit, die Leute in nur annähernd ähnlichen Zahlen nach Palästina herüberzuschaffen. Es wäre eine Katastrophe, aber keine Kolonisation. Man würde uns einfach die Tore des kleinen Landes sperren. Die Parallele läßt sich nur zu ungunsten Palästinas ziehen. In Griechenland eine nationale Regierung und ein Volk, die ihre Volksangehörigen herüberwünschten. Hier eine feindliche Majorität und eine Regierung, die man erst umerziehen muß. Drüben Regierungsland ohne Kataster, ohne Vermessung (ein Kuriosum: für die Vermessung fehlen Landmesser und wohl auch Instrumente, das heißt, daß dort, wo man gezwungen ist, systematisch zu arbeiten, die Sache nicht mehr geht. Kolonisation erfordert System, Völkerwanderung — eine Regelung). Hier bei uns muß Land erst vermessen werden, dann entweder der Regierung abgetrotzt oder mit teurerem Geld erkaufte werden. Drüben internationale

Finanzierung unter Garantie der Regierung. Hier vorläufig zusammengeschnorrtes Kapital, weiter aber fehlt noch die Basis für eine Anleihe, während Griechenland als Staat schon gut genug ist für eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling. Wenn die Pfänder nicht viel wert wären, so garantiert doch der Staat. Drüben größtenteils ländliche Bevölkerung mit sehr bescheidenen Lebensbedürfnissen, hier ein städtisches Element, das zwar teilweise ebenfalls einen geringen Standard of life besitzt, das aber in neue, unvorbereitete Verhältnisse, in ein ungewohntes Klima in Massen verpflanzt, schnell aussterben müßte oder aber flüchten würde. Übrigens vermeldet auch die griechische Repatriierungskommission, daß in der letzten Zeit ein stellenweise fluchtartiges Abströmen vom Land in die Stadt zu verzeichnen ist.

Wir müssen den anderen Weg gehen! Den Weg der vollen Ausrüstung, der vorbereiteten Kolonisation. Einen Weg, der mit Menschen sparsam umgeht. Wir sind außerdem gezwungen, diesen Weg der geregelten Kolonisation, den Weg des Aufbaues, zu gehen, da man uns den anderen einfach verbieten würde. Eine Parallele müssen wir in den geregelten Kolonisationen der Westeuropäer, der Australier und Kalifornier suchen, was die Methoden anbelangt. Freilich müssen wir billige Methoden wählen, aber diese Billigkeit ist immerhin noch teuer genug im Vergleich zu der griechischen Repatriierungsmethode. Die Sefshaftmachung einer Familie wird nicht unter 600 Pfund Sterling kosten, später, bei Hergabe von Land durch die Regierung, nach Erwerbung einiger Erfahrung in der Vorbereitung, vielleicht nur 500 Pfund Sterling pro Familie. Davon werden wir von den Kolonisten, je nach ihrer Qualifikation, 10 bis 40 Prozent als Eigenkapital fordern müssen. Sind in Kürze die Kreditinstitute für die Siedlung geschaffen, so werden wir fachlich vorbereiteten Ansiedlern, ähnlich Dänemark, die Sefshaftmachung mit nur 50 Pfund Sterling Eigenkapital ermöglichen können. Dieses kommt aber erst in Frage, nachdem wir die rentable Wirtschaft geschaffen, die uns die Finanzierungsaktion erst ermöglichen wird.

Die Schaffung des technischen Apparates, des wirtschaftlichen Rahmens, der finanziellen Basis, bedingt einen langsamen Anlauf der ländlichen Siedlungsarbeit. Wie lange Zeit diese unbedingt notwendigen Vorbereitungen erfordern werden, wird von der politischen Fähigkeit und der wirtschaftlichen Reife unserer zukünftigen Leitung abhängen. Ich habe bei der Behandlung der Finanzierung der Siedler von insgesamt 10 Siedlungen zu 500 Familien, das sind insgesamt etwa 35.000 Menschen, als Ziel der ländlichen Siedlungsarbeit in den ersten drei Jahren gesprochen. Dies ist schon großer Optimismus. Gelingt uns die Organisation der Arbeit sehr bald, wozu wir über den ganzen offiziellen Apparat verfügen und ihn entsprechend umgestalten und stark erweitern müssen, so läßt sich wohl das Ziel erreichen. Wie sich die Dinge nach der Periode des langsamen Anlaufs, die auch fünf Jahre dauern könnte, gestalten werden, läßt sich doch nur raten. Erhält unsere Bewegung einen Aufschwung dank unserer wirtschaftlichen Solidität, so wird er sich auf allen Gebieten äußern. Unsere Tätigkeit wird in der S c h a f f u n g v o n

Bedingungen, in der Regelung des rasch pulsierenden Wirtschaftslebens bestehen. Neben der staatlich kontrollierten und finanzierten Kolonisation wird parallel die Ansiedlung von Leuten mit größeren Mitteln, die Schaffung von Pflanzungen verschiedener Art, in erster Linie von Orangenpflanzungen, erfolgen. Ich halte es für müßig, das Zukunftsbild hier zeichnen zu wollen. Eines ist sicher: Palästina wird dann bald jüdisch.

Und doch bietet uns auch das Vorgehen der griechischen Repatriierungskommission gewisse Anhaltspunkte für unser Vorgehen. Zunächst in der Frage des *Tempo*s der erforderlichen Vorarbeiten. Die Kommission hat nicht allein die Übersiedlung der Griechen geregelt, sondern sie hat auch trotz der kurz bemessenen Dauer ihrer ganzen Existenz — ihre Aufgabe ist nach der Übersiedlung der Leute schon erledigt — Arbeiten von einem Umfange vollbracht, die einem Kolonisationsdepartement jeder Regierung als Muster gelten könnten. Sie verstand es, schnell Wasserwerke zu bauen, neue Kulturen, veredelte Bäume, Rassenvieh usw. einzuführen. Und was besonders wichtig ist, sie verstand es, die ganze Aktion zu finanzieren. Und letzteres ist ausschlaggebend: gelingt es uns, die erforderlichen Geldmittel für einen breit angelegten Plan mit Hilfe des Völkerbundes zu beschaffen, so könnte man teilweise wenigstens die Methoden der technischen Vorarbeiten der Repatriierungskommission auch bei uns nachahmen. Wir müssen für unsere gesamte Aufgabe der ländlichen Siedlung — und nicht weniger auch für die der städtischen — die organisatorische Hand des Völkerbundes in Anspruch nehmen, sowohl für die Aufstellung eines Gesamtplanes, selbstverständlich unter unserer Mitwirkung, wie auch für eine Finanzierung und technische Durchführung. Ähnlich wie der Völkerbund besondere Kommissionen für Griechenland, Bulgarien, ja sogar für Armenien eingesetzt hat, müßten wir fordern, daß auch für Palästina eine solche Kommission geschaffen würde, die zusammen mit der Regierung und uns einen Plan aufstellen, finanzieren und durchführen würde. Kolonisation ist eine überaus schwere Aufgabe, und wir Juden haben doch, weiß Gott, keine Erfahrung auf diesem Gebiete, was wir besonders durch unsere bisherige vierzigjährige Arbeit in Palästina bewiesen haben. Um diese Idee — Kolonisation Palästinas in Erfüllung des Mandats mit Hilfe des Völkerbundes — in die Tat umzusetzen, brauchen wir Hilfe.

Eine solche Hilfe kann uns kommen von der öffentlichen Meinung der Welt und Englands insbesondere. Diese Hilfe kommt aber nicht von selbst, sie muß angerufen werden, das heißt, wir müssen uns Sympathien erobern. Und dies ist doch nicht so schwer, wenn wir die Tatsachen der bisherigen Entwicklung rein zahlenmäßig würden in der breiten Öffentlichkeit sprechen lassen. Wir haben Helfer im britischen Parlament, wie I. M. Kenworthy, der z. B. der Regierung den Vorwurf macht, sie habe in ihrem Berichte über Palästina mit keinem Worte der zionistischen Arbeit Erwähnung getan. Die Entwicklung des Landes, die die Aufnahme einer Anleihe von $4\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling gestatte, sei

einzig und allein dem Zionismus zu verdanken. Man müsse ihm Staatsländereien zur Verfügung stellen, um eine Massensiedlung auf dem Lande zu ermöglichen. So wie Kenworthy spricht auch Wedgwood, so könnten auch Ormsby-Gore, Snell und noch manche andere sprechen. Nur müssen diese Freunde unserer Sache richtig mit Material von unserer Seite aus bearbeitet werden, mit Material und Ideen. Dann wird die Stimmung geschaffen, die zur breiteren Finanzierung und Regelung unserer ländlichen Siedlung unbedingt erforderlich ist. Dann werden uns die Garantien für Anleihen gegeben werden, Straßen und Häfen gebaut, Versuchsstationen erweitert usw. Dann erreichen wir unser Ziel schnell!

H. DIE ALTEN KOLONIEN.

Was geschieht mit den alten Kolonien? Zunächst nichts Revolutionäres. Es wird ihnen nichts genommen, sondern nur gegeben werden. Nicht etwa, daß ich der Wegnahme des überflüssigen Landes das Wort reden würde, das zwar die Leute nur belastet. Wir müssen den Kolonisten in den alten Kolonien zeigen, wie sie ihre Wirtschaft rentabel machen können. Sie werden bald lernen, daß der Anbau von wenigen Dunams bewässerten Landes in der intensiven Weise, wie er in den neuen Siedlungen erfolgen wird, ihnen mehr einbringt, als der Getreidebau auf den großen Flächen, und sie werden von selbst sich umstellen und manche früher, manche später die sie belastenden Flächen einfach abstoßen. Die alten Kolonien werden der ganzen Organisation der Ausfuhr, des Kreditwesens, der entwickelten Verkehrswege, des Instruktionwesens teilhaftig werden, sie werden sich von selbst der neuen Richtung anschließen und die Leitung ersuchen, ihnen bewässerten Boden zu geben. Dieses wird aber unbedingt nötig sein. Nun gibt es auch in einem Teil des Emek Wasser genug, um die jetzt dort ansässigen Siedler mit bewässerten Parzellen von 5 bis 10 Dunam zu versehen. Die Ain-Harod-Quelle soll Wasser für 5000, ja für 6000 Dunam liefern. Auch in Nahalal gibt es Wasser. Leider befinden sich mehrere Kolonien in Galiläa in weniger günstiger Lage. Dies sind die alten Kolonien der Ica—Mes'cha, Jabniel, Melchamie, auch die neue Misrachi-Siedlung Hittin, die entweder kein Wasser haben oder solches mit sehr hohen Kosten erhalten, wie Hittin. Es war ein Fehler, daß man in dieser Gegend Kolonien gegründet hat, bevor man die Wasserfrage gelöst hat. Und man wird jetzt keine Anstrengungen scheuen dürfen, um dorthin Wasser zu schaffen, wenn auch nur für kleine Flächen. Dort wäre ja die Verbindung von Geflügelzucht mit nur teilweise bewässertem Obstbau zu versuchen, wozu nur wenig Wasser erforderlich ist. Wenn freilich die Benutzung des Wassers des oberen Jordanlaufes durch allerdings wohl kostspielige Bewässerungsanlagen möglich wäre — und darüber müssen wir Authentischen zu erfahren suchen —, dann ließe sich noch ein großes Gebiet in Ober- und Unter-Galiläa für intensive Kultivierung nutzbar machen. Das von mir geforderte Wasseramt hätte diese Frage zunächst technisch zu studieren, das Land-

bureau müßte die Bodenerwerbung in diesem Gebiet in die Hand nehmen.

Tatsache wird es freilich bleiben, daß in den alten Kolonien unnütze Investitionen für Gebäude, Zugvieh, landwirtschaftliche Maschinen, wie überhaupt für den ganzen Zuschnitt einer Getreidewirtschaft, gemacht wurden. Um so mehr wäre es Aufgabe einer neuen Leitung, schon beschlossene Erweiterungen in den alten Kolonien, die sich auf der Linie der Extensivität der Wirtschaft bewegen, zurückzuhalten und sich mit den Kolonisten dahin zu verständigen, daß die zur Verfügung gestellten Mittel zweckmäßig für Intensivierung der Betriebe benutzt werden. Dies läßt sich auf dem Wege der Verständigung mit den Beteiligten sicherlich erreichen, unterschiedslos, ob es sich um Moschawim oder um Kwuzot handelt.

I. DAS PROBLEM DER TROCKENEN BÖDEN. DIE ÖDLÄNDEREIEN.

Palästina hat doch aber nicht die Möglichkeit, den bei weitem größten Teil der Flächen zu bewässern. Was soll mit den trockenen Böden geschehen? Die erste Antwort darauf ist — man beschaffe Wasser überall dort, wo nur möglich, und siedle zunächst dort, wo Wasser vorhanden ist. Kommt man in ein neues Land, so sucht man sich zuerst die besten Teile aus, die sicheren Erfolg versprechen. Das sind alle bewässerbaren Böden. Wenn auch oft die Assanierung solcher Böden Geld und Zeit erfordert, so sind sie trotzdem billiger als die trockenen Böden, da man darauf mit geringeren Ausgaben eine dichte Bevölkerung ansässig machen kann. Außer dem fließenden Wasser und dem aus Brunnen dem Untergrund entnommenen, gibt es noch das Mittel der Ausnutzung des Regenwassers im Hügellande durch Talsperren. Dieses Problem muß studiert werden und in dem für die Errichtung von Talsperren geeigneten Teilen des Landes müssen die kahlen Berglehnen von der Regierung für die Zwecke der Schaffung von Wasserreservoirien bereitgestellt werden. Ich wiederhole nur kurz den Satz, den ich schon früher gelegentlich gebraucht habe: wo Wasser in den warmen Ländern ist, da ist Wohlstand und Segen. Da ist eine dichte Bevölkerung.

Nach von verschiedener Seite gemachten, allerdings nur summarischen, auf Mutmaßungen beruhenden Berechnungen, könnte man in Palästina eine Fläche von 3 Millionen Dunam unter Bewässerung bringen, bei Ausnutzung allen verfügbaren Wassers und bei Aufsammlung von Regenwasser. Nehmen wir an, die Hälfte wäre in absehbar kurzer Zeit greifbar, so könnte man darauf mehr als 1 Million Menschen ansiedeln. Ein parallel mit der landwirtschaftlichen Entwicklung und als Folge derselben einsetzende städtische Entwicklung würde Raum für eine zweite Million Menschen geben. So hätte das durch Kultivierung von bewässerbaren Ländereien allein eine Verdreifachung der gegenwärtigen Bevölkerung Palästinas zur Folge. Das Land böte somit für 3 Millionen Menschen Existenzmöglichkeit. Aber die zweite Hälfte

der 3 Millionen Dunam, die, wenn nicht in dieser, so doch in einer zweiten Generation für Bewässerung nutzbar gemacht werden könnte, wird doch für neue Millionen Menschen Raum schaffen.

Ich lege das Schwergewicht auf die Kultivierung der bewässerbaren Böden. Deswegen sollten wir mit allem Nachdruck unsere Bemühungen nach dem wasserreichen Norden des Landes richten und den Süden — Negeb — vorläufig Süden sein lassen, bis man nicht auch dorthin wird Wasser schaffen. Ich halte nicht viel von der Kultivierung wasserloser Wüsten, noch weniger aber von der Kolonisation solcher Landesteile. Die Küstengegend, der Norden und Transjordanien bieten ein großes Feld für intensiven rentablen Landbau und für eine dichte Bevölkerung.

Die zweite Antwort auf die Frage, was mit den trockenen Böden geschehen soll, ist, man überlasse sie einerseits demjenigen Teil der Bevölkerung, die sich mit einem niedrigen Standard of life zufrieden gibt und beim Getreidebau eine Rechnung findet, das heißt, den Fellachen, andererseits Kapitalisten, die darauf trockene Baumkulturen anlegen und bis zum Ertragsbeginn mehrere Jahre warten können. Es lassen sich dort, wo die natürlichen Niederschläge ausreichen, Wein, Feigen, Mandeln, Oliven anbauen, die nach einigen Jahren von einer größeren Fläche genügend Ertrag liefern werden, um einem vermögenden Ansiedler eine gute Existenz zu sichern. Für Massensiedlung sind trockene Böden in Palästina ungeeignet.

Es gibt noch eine Kategorie von Böden, die wir uns gewissermaßen mit Vorliebe aufhalsen lassen, das sind die Ödländereien — Sanddünen insbesondere. Die Festlegung von Dünen und ihre spätere Aufforstung ist ein Problem für die Regierung und nicht für den Privatmann oder die zionistische Organisation. Es vergehen Jahrzehnte, bis das darin investierte Kapital Früchte zu tragen beginnt. Wir müssen von der Regierung fordern, sie soll alle Sanddünen, trockenen Hügel, die sonst der Verkarstung anheimfallen, und ähnliche Ödländereien in viel energischerer Weise aufforsten, als es jetzt geschieht. Das Land wird dadurch eine Investition erhalten, die später durch mit der Holzgewinnung verbundene Industrien nutzbar gemacht werden kann, gleichzeitig aber Teile des Landes vor Verwüstung, vor Denudation schützt, Wasser aufsammeln und bewahren hilft. Dies ist Aufgabe der Regierung.

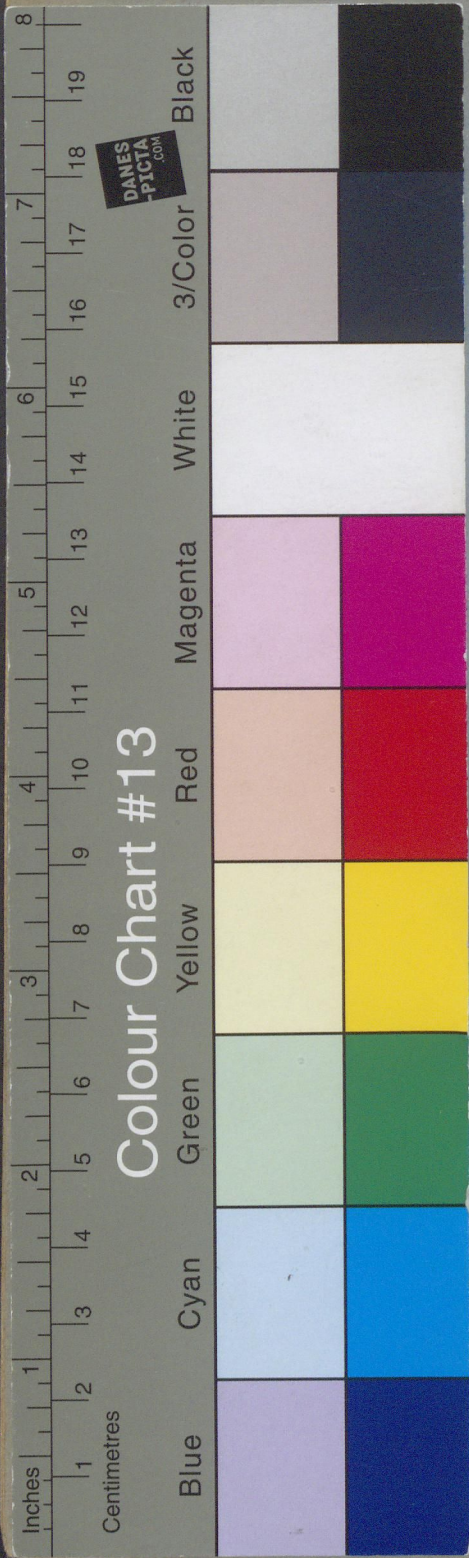
Wir haben aber Wichtigeres und Dringenderes zu tun — in Palästina lebenswerte Bedingungen für Millionen von Juden in Stadt und Land zu schaffen, ein jüdisches Palästina!

V.12. 5002; 371

31313

702

70 g



WERNER, WIEN, VII., HALBGASSE 11.